

Rückblicke Praxen Perspektiven

10 Jahre ReachOut



ReachOut - Opferberatung und Bildung
gegen Rechtsextremismus, Rassismus und
Antisemitismus



Herausgegeben von:

**ReachOut - Opferberatung und Bildung
gegen Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus**

Oranienstr. 159
10969 Berlin
Tel.: 030-69568339
Fax: 030-69568346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Redaktion:
Sebastian Friedrich und Sabine Seyb
(V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Michael Mallé
Druck: Keule Druck
Titelfoto: Jörg Möller
aus: Berliner Tatorte - Dokumente
rechter, rassistischer und antisemitischer
Gewalt
Illustrationen: Michael Mallé
Portraitfotos: Die Rechte liegen, wenn
nicht anders gekennzeichnet bei den
abgebildeten Personen.

Berlin, im Dezember 2011

Die Broschüre wurde gefördert durch das
Berliner Landesprogramm „Maßnahmen
gegen Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus“.



DANK

Diese Broschüre wäre ohne die Unterstützung zahlreicher Menschen und Organisationen nicht möglich gewesen. Wir danken:

Den Autor_innen der Beiträge und den Interviewten.
Jana Proschek und Kati Becker für das Führen von Interviews.
Sebastian Friedrich für die Redaktion und das Führen von Interviews.
Andrea Strübe für die Endkorrekturen.
Jörg Möller für das Titelfoto.
Michael Mallé für die grafische Gestaltung.

Dem Berliner Landesprogramm danken wir für die Finanzierung.

Das Team von ReachOut

4 **Vorwort** | Sebastian Friedrich und Sabine Seyb

RÜCKBLICKE UND PERSPEKTIVEN AUF RASSISMUS

- 6 **„Rassismus ist nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen, er ist dort entstanden!“** | Interview mit Biplab Basu
- 10 **„Auf in die nächsten 10 Jahre!“** | Interview mit Riza Baran
- 13 **Schwarzer Widerstand in Deutschland** | Von Sharon Dodua Otoo und Tahir Della
- 18 **„Wer sagt, dass es einfach ist, gegen Herrschaft anzugehen?“** | Interview mit Deniz Utlü
- 21 **„Rassismus modernisiert sich“** | Ein Gespräch mit Vassilis Tsianos
- 25 **Ahmet in Wunderland** | Von Sabine Schiffer

REACHOUT IN DER PRAXIS

Beratung

- 27 **„Nach einem Angriff ist nichts wie zuvor“** | Interview mit Maria João Portugal und Helga Seyb
- 32 **Beratung als Politik gegen rassistische (Ohn-)Machtsstrukturen** | Von Angelina Weinbender

Monitoring

- 36 **„Für Rassismus sensibilisieren“** | Interview mit Maria João Portugal und Ulrike Müller
- 40 **Wozu Monitoring?** | Von Liz Fekete

Bildung

- 45 **„Wir müssen die Strukturen verändern“** | Interview mit Sanchita Basu
- 50 **Social Justice und Diversity Training** | Von Leah Carola Czollek, Gudrun Perko und Heike Weinbach
- 56 **Andi auf dem Vormarsch?** | Vom Arbeitskreis Extremismusbegriff

MEHR FRAGEN UND ANTWORTEN

- 60 **„Die Verhältnisse kritisieren“** | Ein Gespräch mit Sabine Seyb

VORWORT



Sebastian Friedrich und Sabine Seyb

Zehn Jahre ReachOut! Wer hätte gedacht, dass es unser Projekt im Jahr 2011 immer noch geben würde, als wir mit unserer Arbeit begannen? Wir selbst jedenfalls nicht. Wir haben stets gekämpft und gestritten für die Weiterführung von ReachOut und damit dafür, dass die Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt langfristig die Unterstützung und den Respekt erfahren, die ihnen zustehen. Diese Auseinandersetzungen führten und führen wir unabhängig von den jeweiligen Regierungskonstellationen, unabhängig auch von konjunkturellen Betroffenheiten, die sich aus besonders brutalen Angriffen ergaben, unabhängig von Ignoranz, die sich in ruhigeren Zeiten breit macht, und unabhängig von den jeweils aktuellen Förderprogrammen und den Versuchen, Projekte wie ReachOut politisch unter Druck zu setzen und ihre Unabhängigkeit anzugreifen. Wir haben gestritten, kritisiert und skandalisiert, aber auch empfohlen und erklärt, um die Sichtweisen und die Forderungen der Betroffenen zu unterstützen und stärker in die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Reflexion der eigenen Arbeit, der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen kommt im Alltag häufig zu kurz, weil keine Zeit dafür bleibt. Anlässlich unseres zehnjährigen

Geburtstages schenken wir uns die Zeit, um in dieser Broschüre zurück zu schauen und aus unseren Arbeitsbereichen zu berichten. Es werden aber auch Andere zurück blicken und ihre Kämpfe, Analysen und Erfahrungen vorstellen. Gleichzeitig nutzen wir die Gelegenheit, nach Perspektiven und Forderungen zu fragen.

In dieser Broschüre geht es um Rückblicke, Praxen und Perspektiven. Die drei Begriffe sind bewusst in den Plural gesetzt. Es geht darum, ganz verschiedene Menschen mit ihren Positionen, Analysen und Praxen zu Wort kommen zu lassen. Nicht alle Positionen, die in dieser Broschüre zum Ausdruck gebracht werden, teilen wir. Nicht alle Positionen, die hier keinen Platz gefunden haben, kritisieren wir. Sie sind Momentaufnahmen, Fragmente zum Stand der Dinge, wie er sich (uns) zeigt, diskutiert und gelebt wird. – Nicht glatt, nicht frei von Widersprüchen, nicht absolut. Allerdings fokussieren alle in dieser Broschüre versammelten Beiträge Rassismus. Damit spiegeln sich auch der Projektalltag in der Beratungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und unsere eigenen politischen Lebensläufe und Aktivitäten wider.

Im ersten Kapitel der Broschüre finden sich grundsätzliche Blicke auf Rassismus in

Deutschland der letzten Jahrzehnte – und den Widerstand dagegen. Den Anfang macht der ReachOut-Mitarbeiter **Biplab Basu**. Wie sich antirassistische Praxis seiner Meinung nach entwickelte und wie er rassistische Angriffe und Debatten, seine Aktivitäten und seine Arbeit seit Ende der 1980er Jahre einschätzt, erläutert er in dem Interview. Im Anschluss geht der Grünen-Politiker **Riza Baran** in der Beschreibung seiner politischen Kämpfe zurück bis zum Beginn der 1960er Jahre. Baran spricht von der Notwendigkeit, Politik im Parlament aktiv zu betreiben, und dabei die außerparlamentarischen Aktivitäten nicht zu vernachlässigen. Nach den beiden Interviews beschreiben **Sharon Dodua Otoo** und **Tahir Della** aus der Perspektive ihrer politischen Arbeit in der *Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland* (ISD) die Geschichte und die Themen Schwarzer Kämpfe in Deutschland.

Danach beantwortet **Deniz Utlü**, Mitherausgeber des Kultur- und Gesellschaftsmagazins *freitext*, Fragen zu seinem Engagement gegen Rassismus, seinen Aktivitäten als freier Autor, der Notwendigkeit, Kultur und Politik zusammen zu denken und rassistische Sprachhandlungen zu erkennen und auszuhebeln. **Vassilis Tsianos** von der Universität Hamburg stellt anschließend in einem Gespräch seine Analyse aktueller Formen von Rassismus vor. **Sabine Schiffer** vom *Institut für Medienverantwortung* (IMV) rundet das erste Kapitel ab und deckt anlässlich eines anderen Jubiläums in satirischer Weise die wahren Interessen auf, die hinter dem Anwerbeabkommen der Türkei mit Deutschland stehen.

Im zweiten Kapitel der Broschüre offenbaren wir Einblicke in die Arbeitsfelder von ReachOut. Zu jedem der drei Kernbereiche Beratung, Monitoring und Bildung wird jeweils ein Interview mit ReachOut-Mitarbeiterinnen mit Ansichten von außen ergänzt. **Helga Seyb** und **Maria João Portugal** beschreiben zunächst, warum es bei der Beratung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt geht, wo

und warum sie an Grenzen stoßen und welche politischen Forderungen und Notwendigkeiten sich daraus ergeben. **Angelina Weinbender** vom *Migrationsrat Berlin-Brandenburg* (MRBB) stellt danach klar, warum die Unterstützung der Betroffenen zwangsläufig eine politische sein muss. Zur Bedeutung und Notwendigkeit ihrer täglichen Recherchen und der Dokumentation rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe in Berlin werden die ReachOut-Mitarbeiterinnen **Maria João Portugal** und **Ulrike Müller** befragt. Hierzu liefert **Liz Fekete** vom *Institute of Race Relations* (IRR) in London eine Außenperspektive. Sie plädiert in ihrem Artikel für ein unabhängiges Monitoring und nimmt dabei neben ReachOut auch Projekte in anderen europäischen Ländern in den Blick.

Zu den Ansätzen und Schwerpunkten ihrer Bildungsarbeit bei ReachOut wird **Sanchita Basu** interviewt. Ihr Trainingskonzept Social Justice und Diversity und die Notwendigkeit, politische Theorien und praktische Methoden in der Bildungsarbeit zu verbinden, stellen **Leah Carola Czollek** und ihre Kolleginnen **Gudrun Perko** und **Heike Weinbach** vor. Der *Arbeitskreis Extremismus* aus Marburg setzt sich kritisch mit dem vom Verfassungsschutz NRW konzipierten Andi-Comics auseinander.

Anstelle eines Fazits oder Ausblicks stellt sich die ReachOut-Mitarbeiterin **Sabine Seyb** den Fragen zu den Fallstricken des Projektalltages, den Kämpfen um die Weiterfinanzierung von ReachOut, den Versäumnissen von Politik und Medien und dazu, welche politischen Forderungen und Notwendigkeiten sich daraus ergeben.

Diese Broschüre möchte einen kleinen Ausschnitt des vielfältigen Widerstands gegen Unterdrückung offenbaren und zur Diskussion stellen. Einige Beiträge mögen neue Perspektiven ermöglichen, andere vielleicht auf den ersten Blick undurchsichtig wirken – doch alle eint der Wunsch nach Veränderung. Es bleibt noch viel zu tun!

„**RASSISMUS IST NICHT IN DER MITTE DER GESELLSCHAFT ANGEKOMMEN, ER IST DORT ENTSTANDEN!**“

Interview

Biplab Basu ist Mitarbeiter von ReachOut und aktiv bei der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP). Gemeinsam mit Jana Proschek wagte er einen Rückblick über Kämpfe und Bündnisse gegen Rassismus.



Foto: Nicole Walter

Wann hast du mit antirassistischer Arbeit begonnen?

Ich habe schon kurz nachdem ich Ende 1979 in Deutschland angekommen bin nach Möglichkeiten gesucht, mich politisch zu engagieren. Schon zu diesem Zeitpunkt habe ich mich mit Rassismus auseinander gesetzt und wollte auch in diesem Bereich aktiv sein. So bin ich dann zur Flüchtlingsunterstützungsarbeit gekommen und habe Rassismus als eines meiner Schwerpunktthemen gesehen.

Was waren damals deine Schwerpunktthemen in Bezug auf Rassismus?

Alltagsrassismus, zu dem heute in Workshops, Veranstaltungen, selbst an Schulen, diskutiert wird, war damals zwar auch ein Thema, jedoch hat man den Begriff des Rassismus nicht benutzt. In Deutschland verstand man zu dieser Zeit unter Rassismus die rassistische Gesetzge-

bung und Politik der Nazizeit. Es war auch für mich schwierig, meinen Freund_innen und den Leuten, mit denen ich politisch aktiv war, klarzumachen, dass Rassismus nicht in der Nazizeit entstanden ist und nicht mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges an Bedeutung verlor, sondern schon viel länger existiert und dass unsere heutige Gesellschaft immer noch rassistisch ist. Das wurde vor allem in der Migrations- und Flüchtlingspolitik sichtbar. Es gab jedoch damals wenige Gruppen oder Projekte, die zum Thema Antirassismus gearbeitet haben.

Wie ist es dann weiter gegangen? Ab wann wurde der Begriff Rassismus gesellschaftsfähig?

Schon in den 1980er Jahren gab es Menschen, die den Begriff Rassismus benutzten und zu diesem Thema arbeiteten. Doch zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Thema wurde Rassismus erst in den 1990er Jahren, nach dem Mauerfall. Da änderte sich die Situation.

Wir hatten nun mehr Verbündete und die Menschen aus der ehemaligen DDR verfügten über ganz andere Perspektiven und Erfahrungen, die auch in die politische Arbeit einfließen.

Zum anderen nahmen jedoch auch die Angriffe auf Migrant_innen und Flüchtlinge praktisch über Nacht massiv zu. Zu diesem Zeitpunkt wuchs zumindest das Bewusstsein für rassistische Zustände, auch wenn der Begriff Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit nach wie vor häufiger benutzt wurde.

In welchen Zusammenhängen hast du dich zu Beginn der 1990er Jahre gegen Rassismus engagiert?

Bereits Ende der 1980er Jahre, noch vor dem Mauerfall, gründeten einige Leute in Berlin das *Antirassistische Telefon*. Die Idee war, dass Menschen, die von Rassismus betroffen waren, angegriffen oder diskriminiert wurden, dort anrufen konnten, um Unterstützung und Hilfe zu bekommen. Andererseits ging es darum, die Angriffe und Vorfälle dokumentieren und veröffentlichten zu können. Dieses *Antirassistische Telefon* wurde dann in *Antirassistische Initiative* umbenannt. Die Aktivist_innen setzten sich intensiv mit Rassismus auf ganz unterschiedlichen Ebenen und mit den Menschen, die betroffen sind, auseinander. Sie beschäftigten sich vor allem mit der Frage: Was kann man tun und wie lässt sich der institutionelle Rassismus bekämpfen?

Ich bin dann Anfang der 1990er Jahre, eher aus Zufall, durch Bekannte zur *Antirassistischen Initiative* gekommen. Seitdem habe ich intensiv antirassistische Politik betrieben. Dies bedeutete zum einen eine akademisch-intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Thema und zum anderen praktische politische Arbeit. Dazu gehörte das Thematisieren von rassistischen Strukturen in der Gesellschaft. Wir haben beispielsweise zur Kopftuchdebatte an Schulen und im öffentlichen Dienst oder zu rassistischen Übergriffen von Seiten der Polizei gearbeitet

und Aktionen organisiert. Außerdem waren die Medien und die rassistische Berichterstattung ein Thema, mit dem wir uns beschäftigten. Die rassistisch motivierten Angriffe und die praktische Unterstützung der Betroffenen waren stets ein Thema unserer Arbeit. Insgesamt war es unser Ziel, Rassismus öffentlich zu thematisieren und Handlungsstrategien zu finden.

Wie würdest du die weiteren Entwicklungen seit dem Jahr 2000 beschreiben?

Auch zu diesem Zeitpunkt kam es immer wieder zu teilweise pogromartigen Angriffen. Dies führte zu einer Empörung in der Gesellschaft und brachte Politiker_innen dazu einzugreifen. Ein staatliches Förderprogramm gegen Rechtsextremismus wurde entwickelt und entsprechende Projekte ab Mitte 2001 gefördert. So konzipierten Kolleg_innen, mit denen ich auch schon vorher gegen Rassismus aktiv war, ReachOut. Das damalige Förderprogramm ermöglichte es zum ersten Mal, die Perspektive der Opfer in den Vordergrund zu stellen. Bis dahin ging es von Seiten der Regierung vielmehr darum, Projekte und Einrichtungen zu finanzieren, die sich mit den Täter_innen beschäftigt haben, um diese zu resozialisieren und zu integrieren. Wir hatten es vor der Gründung von ReachOut immer schwer, die Perspektive der Opfer in den Vordergrund zu stellen. Mit dem Projekt ReachOut erhielten wir also quasi die staatliche Legitimation dazu.

Es geht uns zum einen um die Unterstützung der Opfer aber natürlich auch um Rassismus als gesellschaftliches Phänomen. Rassismus ist kein Problem der Neonazis, sondern in breiten Teilen der Gesellschaft zu finden. Für uns ist es deshalb in unserer Arbeit wichtig, auch gegen diese Strukturen vorzugehen.

Welche konkreten Aufgaben hast du bei ReachOut und was ist dir dabei besonders wichtig?

Ich bin hauptsächlich in der Beratung tätig. Dabei ist es mir wichtig, dass ich Menschen,

die angegriffen, beleidigt und bedroht werden, die Chance biete, ihre Geschichte zu erzählen. Denn diese Menschen werden oft auch von staatlicher Seite diskriminiert und kriminalisiert oder es wird ihnen nicht geglaubt. Mir ist es deswegen ein besonderes Anliegen, dass wir alle Menschen, die zu uns kommen, ernst nehmen und dass sie sich auch ernst genommen fühlen.

Würdest du sagen, Rassismus hat sich im Laufe der letzten Jahre verändert?

Ich glaube nicht, dass Rassismus sich verändert hat. Ich denke nur, dass sich das Bewusstsein der Menschen und der Gesellschaft über Rassismus verändert hat. Im Gegensatz zu den 1980er und 1990er Jahren wird Rassismus heute benannt und offen thematisiert und es sind im Laufe der Zeit viele Projekte und Initiativen entstanden, die antirassistische Arbeit leisten. Was mich ärgert, ist jedoch die zunehmende Tendenz, vor allem durch Politiker_innen, Rassismus als ein Problem der Neonazis zu verharmlosen. Es sind jedoch nicht nur die Neonazis Rassist_innen, sondern es ist die gesamtgesellschaftliche Struktur, die wir in den Blick nehmen müssen.

Würdest du sagen, dass Rassismus heute gesellschaftsfähiger geworden ist?

Nein, überhaupt nicht. Es ist komplett falsch zu sagen, heute sei Rassismus in der Mitte der Ge-

sellschaft angekommen. Rassismus war nie ein Randphänomen. Rassistische Theorien wurden von den Intellektuellen und Akademiker_innen aus der oberen Mittelschicht entwickelt. Um ihre Ideen zu verbreiten, brauchten sie natürlich die Unterstützung der breiten Bevölkerung. Rassismus ist aber in der Mitte der Gesellschaft entstanden und noch immer Teil davon.

Antimuslimischer Rassismus ist zurzeit ein großes Thema. Du hast vorhin schon von den Kopftuchdebatten in den 1990er Jahren gesprochen. Hat sich die Situation verändert?

Ich muss sagen, dass ich und auch Andere, mit denen ich zu diesem Thema gearbeitet habe, lange diese latente antimuslimische Grundhaltung nicht wahrgenommen bzw. thematisiert haben. Ich würde deshalb nicht sagen, dass es ein neues Phänomen ist, sondern dass es heute, zwei Generationen nachdem die Arbeitsmigrant_innen nach Deutschland gekommen sind, vor allem von ihren Kindern, die betroffen sind, thematisiert wird.

Wie haben sich die linken Strukturen und Netzwerke, die gegen Rassismus aktiv sind, insgesamt seit den 1980er Jahren entwickelt? Welche Tendenzen siehst du?

Früher ging es vor allem um die Situation von Migrant_innen und Flüchtlingen. Heute beschäftigen sich linke Gruppen und Organisationen viel mit der Neonaziszene und deren

Symbolen usw. Das gab es früher nicht. Naja, und außerdem gibt es durch die europäische Sicherheitspolitik heute viel weniger Flüchtlinge in Deutschland. Flüchtlingsunterstützung ist heute eher Aufgabe der Flüchtlingsorganisationen, so dass das Engagement zu diesem Thema in der linken Szene abgenommen hat.

Wie siehst du die Entwicklung der Vernetzung?

Ich glaube, dass es heute viel mehr Netzwerke gibt. In Berlin arbeiten die verschiedenen Gruppen und Organisationen eng zusammen und unterstützen sich. Außerdem ist es gelungen, verschiedene Themen bzw. Arbeitsfelder wie Homophobie oder Diskriminierung gegenüber behinderten Menschen zusammen zu führen. Das sehe ich als Erfolg.

Wir von ReachOut haben zum Beispiel in verschiedenen Zusammenhängen und Foren den antimuslimischen Rassismus thematisiert, um auf die rassistischen Tendenzen in der Auseinandersetzung um das Kopftuch aufmerksam zu machen.

Kommt es manchmal zu Auseinandersetzungen zwischen staatlich finanzierten Projekten und solchen, die ausschließlich „ehrenamtlich“ und unbezahlt aktiv sind?

Diese Frage wurde mir schon oft gestellt. Ich persönlich habe noch nie ein Problem darin gesehen und auch noch nie Ablehnung von Anderen deshalb empfunden. Außerdem ist es ja auch so, dass die meisten Menschen, die heute in staatlich finanzierten Projekten arbeiten, früher auch selbstorganisiert und unbezahlt gearbeitet haben bzw. anders ihr Geld verdienen mussten. In Deutschland gibt es im Gegensatz zu den USA zum Beispiel viele staatlich finanzierte Projekte. Dort übernehmen fast ausschließlich Stiftungen die Unterstützung von Projekten und Kampagnen. Ich sehe das auch als Chance, mehr Zeit in politisches Engagement zu investieren.

Denkst du, dass die Arbeit von ReachOut irgendwann überflüssig sein wird?

Nein, ich glaube nicht, dass das zu meinen Lebzeiten passieren wird. Denn die *weiße* Vorherrschaft existiert global schon sehr lange und das wird sich so schnell nicht verändern. Deshalb glaube ich nicht, dass meine Arbeit überflüssig wird.

Wie siehst du die Perspektiven für deine Arbeit in den kommenden Jahren?

Ich denke, dass sich immer mehr Menschen mit Rassismus auseinandersetzen und die verschiedenen Arten gesellschaftlicher Diskriminierung analysieren und dies auch in einen gesellschaftlichen Kontext bringen. Und das sind sehr positive Aussichten.

Und welche Forderungen hast du bezüglich Rassismus an die Politik und im Hinblick auf deine Arbeit?

Meine Forderung ist zum einen, dass rassistische Diskriminierungen gesetzlich verboten werden, und zum anderen, dass Rassismus zum Thema in den Lehrplänen und der Lehrerausbildung gemacht wird. Außerdem sollte ein spezielles Curriculum für Staatsbedienstete wie zum Beispiel Polizist_innen erarbeitet werden. Vor allem jedoch muss rassistische Diskriminierung aufgedeckt und konsequent bestraft werden, unabhängig davon, wer die Täter_innen sind.

Außerdem muss auch das Rechtssystem be- greifen, in wie weit es in diesen rassistischen Kontext eingebunden ist. Wir brauchen Möglichkeiten, gegen institutionellen Rassismus insgesamt vorgehen zu können. Das sind meine Forderungen an die Politik. Die Beratung und Unterstützung der Opfer von Rassismus und die konkrete Arbeit ist nicht Aufgabe der Politik, das müssen wir schon selbst machen!



„AUF IN DIE NÄCHSTEN 10 JAHRE!“

Interview



Riza Baran ist Mitglied von Bündnis 90/ Die Grünen und kämpft seit Jahrzehnten in Berlin und darüber hinaus gegen Rassismus und für Demokratisierung. Sabine Seyb sprach mit ihm über seine reichhaltigen Erfahrungen und mögliche Perspektiven.

Wenn du die Entwicklungen hinsichtlich des Rassismus gegenwärtig in Deutschland betrachtest, was hat sich seit Anfang der 1990er Jahre verändert?

Bis zum Mauerfall 1989 dominierte sowohl in der BRD als auch in der DDR die Auffassung, dass es nach dem Sieg gegen den Nationalsozialismus 1945 und infolge der jeweiligen Entnazifizierungen keinen relevanten Rassismus mehr in Deutschland gäbe. Dabei wurde ausgeblendet, dass während des Kalten Krieges oft auf Ex-Nazis zurückgegriffen wurde und die Entnazifizierung längst nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen konsequent durchgeführt worden war. Außerdem wurde verdrängt, dass die zugrunde liegende deutsch- bzw. europazentrierte autoritäre Ideologie aus vielen Köpfen natürlich immer noch nicht verschwunden war. Sie wurde zwar auf den Ost-West-Konflikt umgedeutet, aber die 68er-Bewegung war ja auch eine Antwort auf diese informell weiterhin existierende soziokulturelle politische Psychologie im Wirtschaftswunderland. Und schon nach der ersten kleinen konjunkturellen Wachstumsdelle 1966/67 konnte die NPD bei einer Wahl erfolgreich sein.

Auch in der DDR waren diese autoritären Persönlichkeitsstrukturen nicht nachhaltig beseitigt worden, da die offene rassistische Stellungnahme einfach nur verboten wurde und sich so im privaten Bereich festsetzen und ausbreiten konnte. Und außerdem wurde die DDR durch autoritär strukturierte Führungen regiert, die empathisch gar nicht in der Lage waren, die althergebrachten Einstellungen und Verhaltensweisen abzubauen. Diese beiden Stränge brachen sich nach 1989 in der umjubelten Euphorie der neuen nationalen Einheit ihre Bahn, wie ein Fisch im Wasser auflebt.

Durch die falsche Politik (z.B. bezüglich der Integration der Arbeitsmigrant_innen) und die Verdrängungen seit 1945 in der BRD und der DDR war die deutsche Öffentlichkeit nach dem Mauerfall völlig überrascht von der Wucht der radikalen nationalen Eruption und es dauerte bis 1998, diese Welle in den Griff zu bekommen. Die negativen Folgen für Arbeitsmigrant_innen und Flüchtlinge haben wir alle noch vor Augen.

Seit wann bist du gegen Rassismus aktiv?

Mal von der Situation zwischen Türk_innen

und Kurd_innen in meinem Herkunftsland abgesehen, engagierte ich mich gegen Rassismus seit ich 1963 nach Deutschland gekommen bin. Denn sobald man als Migrant_in hier ankommt, wird man auch mit Rassismus konfrontiert und muss sich damit auseinandersetzen. Wie schon eben erwähnt, führte die erste kleinere Rezession 1966/67 schon dazu, dass aufgrund der gestiegenen Erwerbslosigkeit viele Arbeitsmigrant_innen von damals wieder ausgewiesen wurden. Überhaupt basierte das deutsch-türkische Abkommen zuerst auf dem rassistischen Hintergrund, dass man keine Einwanderung wollte und deshalb die Arbeitsmigrant_innen nur eine begrenzte Zeit nach Deutschland kommen sollten, um dann wieder durch andere Arbeitsmigrant_innen ersetzt zu werden.

Im Laufe der Zeit, auch infolge des neuen antiautoritären Zeitgeistes seit 1968 und durch einen kräftigen Schub durch die Streikwelle Anfang der 1970er Jahre, gründeten sich immer mehr Initiativen und Selbsthilfegruppen, um die Lebensumstände von Migrant_innen zu verbessern. Viele hatten ihre Familien nachgeholt, es gab die ersten „Ausländerbeiräte“ und vor allem der Anwerbestopp von 1973 machte schlagartig klar, dass man sich wehren musste. Denn unter der Oberfläche führten die aufgezählten Punkte in der deutschen Bevölkerung zur Zunahme von Ressentiments.

Insofern war ich schon vor 1989 im weitesten Sinne antirassistisch politisch aktiv – schließlich ist das Thema, wie das der Integration, ein Querschnittsthema. Diese Arbeit zog sich die ganzen 1990er Jahre hindurch und hatte ihren ersten Erfolg mit der Anerkennung der Bun-

desrepublik als offiziellem Einwanderungsland durch die Bundesregierung 1998.

Gab es ein besonderes Ereignis, das dich besonders geprägt hat in deinem politischen Engagement gegen Rassismus?

Als erstes muss ich da die Entwicklung der Diskussionen erwähnen, die ich fast tagtäglich in den 1970er Jahren mit meinen Kolleg_innen in der Gewerkschaft hatte (IG Chemie). Es war ein harter Kampf, die Köpfe dafür zu öffnen, dass die BRD faktisch ein Einwanderungsland geworden war! Und damit zusammenhängend möchte ich zweitens erwähnen, dass es für mich schon sehr früh klar war, dass die Arbeitsmigrant_innen hier bleiben würden, dass damit die Frage der Integration auf die Tagesordnung gehörte, während gleichzeitig Assimilationsforderungen eine Sackgasse waren. Aber diese Analysen und Schlussfolgerungen mussten immer wieder neu in die Diskussionen eingebracht werden und sie sind auch heutzutage immer noch ein Thema. Konkret prägende Ereignisse waren natürlich die rassistischen Pogrome Anfang der 1990er Jahre und die Anti-Asylrechtstendenzen der damaligen Zeit.

Du warst Abgeordneter bei Bündnis 90 / Die Grünen und Vorsteher in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Friedrichshain-Kreuzberg. Wo siehst du Möglichkeiten, wo die Grenzen parlamentarischer Politik?

Die Entwicklung hin zum Parlamentarismus war historisch natürlich ein demokratischer Fortschritt. Man kann dort auf einer Plattform, die im Fokus der Öffentlichkeit steht, Inhalte und



Probleme thematisieren, Lösungen vorschlagen und versuchen, die Parlamentsmehrheiten zu überzeugen und sinnvolle Gesetze zu beschließen. Aber um eine Gesellschaft wirklich zu demokratisieren und um sie offener und toleranter zu machen, bedarf es mannigfacher Initiativen und Gruppen von selbstbewussten Bürger_innen, die ihre Macht nicht nur an die Parlamente delegieren wollen, sondern die sich selbst verantwortlich für die Entwicklung ihrer Gesellschaft fühlen. Deshalb ist es für eine_n Parlamentarier_in notwendig, den Kontakt zu diesen Basisinitiativen und den Menschen zu erhalten, um sozusagen ein Ohr am Puls der Zeit zu haben. Denn nur so lassen sich Probleme frühzeitig erkennen und nachhaltige Lösungen entwickeln. Diese Form der vorparlamentarischen Durchlässigkeit ist allerdings – und da müssen wir sehr wachsam bleiben – durch den unkontrollierten Einfluss der Lobbygruppen in Verruf geraten.

Welche Perspektiven siehst du hinsichtlich des Kampfes gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus?

Generell muss man sich klarmachen, aus welchen Grundbedingungen sich Rassismus speist und welche Funktion er in einer Gesellschaft hat. Die beiden entscheidenden Variablen für die Entstehung von Rassismus sind Vorurteile und institutionelle Macht. Letztere kann durch eine aufmerksame Öffentlichkeit eingegrenzt werden. Rassismus als kulturelles Phänomen basiert auf den vier Bausteinen Naturalisierung, Homogenisierung, Polarisierung und Hierarchisierung. Wird dieses gesellschaftliche Verhältnis im politischen Kontext umzusetzen versucht, kann man von Rechtsextremismus sprechen.

Die betreffenden und zu beobachtenden Institutionen einer Gesellschaft, in denen sich Rassismus verankern und reproduzieren kann, sind die Medien, das Bildungssystem, der Arbeitsmarkt, die Politik, die Justiz und die Exekutive (Polizei). Vorurteile entstehen, wenn

vermeintliche oder tatsächliche gesellschaftliche Probleme existieren, woraufhin bestehende horizontale Unterschiede zwischen den Menschen instrumentalisiert werden, um eine nachhaltige Problemlösung zu verhindern (Beispiel Erwerbslosigkeit). Oft werden dadurch Privilegien verteidigt und bestimmte Gruppen vom Zugang zu materiellen oder nicht-materiellen Ressourcen ausgeschlossen.

Also, im Vergleich zum Anfang der 1990er Jahre konnte die extreme Welle der nationalistischen Eruption gemindert werden. Trotzdem zeigen gerade die Vorgänge und Entdeckungen um die Morde durch extrem Rechte in den letzten Wochen, dass dort nicht nur viel zu tun ist, sondern, dass die Zivilgesellschaft höllisch aufpassen muss, dass sich keine politisch-atmosphärischen Strukturen in der Bevölkerung verfestigen, die eine Gefahr für die Demokratie mit sich bringen könnten.

Zweitens ist es in Zeiten von Welthandel, Globalisierung und der zunehmenden Notwendigkeit, viele Probleme der Menschheit global zu lösen, unumgänglich, sich zu einer offenen Gesellschaft zu entwickeln, in der Rassismus keinen Platz hat. Im Unterschied zum Anfang der 1990er Jahre möchte ich schließlich erwähnen, dass der heraufbeschworene, angebliche und vor allem kulturell begründete Gegensatz zwischen Orient und Okzident mit seiner anti-muslimischen Leit(d)kulturdiskussion genauso bekämpft werden muss, wie seinerzeit die national-ethnische Welle. Vor all diesen Hintergründen gibt es – wie Frau Merkel sagen würde – zur fortschreitenden Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft keine Alternative.

Zusammengefasst heißt das für Deutschland, dass in den entscheidenden gesellschaftlichen Bereichen der Medien, des Bildungssystems, des Arbeitsmarkts, der Politik, der Justiz und der Exekutive ein Entrassifizierungsprogramm notwendig ist. In diesem Sinne wünsche ich ReachOut viel Kraft, Unterstützung und Erfolg für die nächsten zehn Jahre!

SCHWARZER WIDERSTAND IN DEUTSCHLAND

Von Sharon Dodua Otoo und Tahir Della



Sharon Dodua Otoo und Tahir Della sind Vorstandsmitglieder der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD-Bund) e.V. (www.isdonline.de). Der Vorstand besteht aus drei weiteren Mitgliedern: Hadija Haruna, Jonas Berhe und Yonis Ayeh.

Widerstand ist ein wichtiger Bestandteil der Schwarzen^[1] Bewegung und hat auch in Deutschland eine lange Tradition. Trotz der Tatsache, dass Menschen der Afrikanischen Diaspora – u.a. Schwarze Deutsche – seit über 300 Jahren in dieser Region leben, versteht sich Deutschland noch immer als eine *weiße* Nation. Schwarzer Widerstand ist also in erster Linie ein Kampf um die Anerkennung. Politische Partizipation Schwarzer Bürger_innen und die Verbesserung der Lebenssituation Schwarzer Menschen in Deutschland ist das Ziel. Der Schwerpunkt dieses Artikels liegt auf dem Widerstand der letzten 30 Jahre.

Ausgangssituation

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges sowie der Niederlage des deutschen Kaiserreiches

und der damit verbundenen Annektierung der deutschen Kolonien durch Frankreich und England haben sich die deutschen Nachfolgestaaten der Verantwortung der deutschen kolonialen Vergangenheit entzogen. Dies traf schon für die Weimarer Republik zu. Während der NS-Herrschaft wurde die koloniale Vergangenheit erneut glorifiziert – zum Beispiel durch Straßenumbenennungen und den Versuch, die ehemaligen Kolonien „zurück zu holen“. Nur dem Kriegsverlauf und der bedingungslosen Niederlage Deutschlands ist es zu verdanken, dass dies nicht zustande kam.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges trugen sowohl die DDR als auch die BRD den Erfahrungen der zurückliegenden Geschichte insofern Rechnung, als dass sie allen Versuchen, Deutschland erneut als Weltmacht zu

etablieren, eine Absage erteilen, um unter Einhaltung der allgemeinen Menschenrechte in die Weltgemeinschaft zurückzukehren. Trotz dieses Ansinnens hat keiner der beiden deutschen Staaten sich diesem Teil ihrer Vergangenheit gestellt, sich offiziell entschuldigt oder Entschädigungen an die Staaten, die aus den ehemaligen Kolonien hervorgegangen sind, geleistet. Dies wurde deutlich, als im Januar 2004, dem 100. Jahrestag des Massenmordes an den Nama, Herero und Damara im heutigen Namibia, der damalige Außenminister der BRD, Joschka Fischer, zwar sein Bedauern über den Kolonialkrieg äußerte, jedoch eine offizielle Entschuldigung ablehnte. Die Weigerung Deutschlands, Verantwortung zu übernehmen, zeigte sich einmal mehr im September 2011 im Zusammenhang mit den in der Berliner Charité lagernden Gebeinen vieler der Opfer. So wurden diese zwar in einer Zeremonie an eine Delegation aus Namibia zurückgegeben, jedoch blieb von Seiten der Bundesregierung erneut ein offizielles Schuldeingeständnis aus.

Die Gründe, warum ein Schuldeingeständnis bis heute nicht eingetreten ist, sind unter anderem darin zu suchen, dass nach 1945 etliche Beamte_innen des Außenministeriums des NS-Regimes in der damals jungen Bundesrepublik wieder eingestellt wurden und sich so rassistische Denkweisen und Vorstellungen halten konnten und bis heute im allgemeinen Diskurs ihren Platz einnehmen. Aus dieser Entwicklung und dem daraus abgeleiteten Verhalten lassen sich deutliche Parallelen zwischen der Haltung Deutschlands zu seiner Kolonialgeschichte und dem Umgang mit heutigem Rassismus ziehen.

„Ohne Kampf gibt es keinen Fortschritt. Die, welche behaupten, für die Freiheit zu sein, Agitation aber ablehnen, sind [Menschen], die ernten wollen, ohne den Grund umzupflügen. Sie wollen Regen ohne Blitz und Donner. Sie wollen den Ozean ohne das grässliche Tosen seiner Wassermassen. Der Kampf mag ein moralischer sein; oder er mag physisch sein; oder er mag moralisch und physisch sein, aber ein Kampf muss stattfinden.“
(Frederick Douglass, ehemals versklavter Mensch und Abolitionist, 1857)

Beiden Phänomenen wird mit Verschleppung, Relativierung und Leugnung offenkundiger Tatsachen begegnet.

Entstehung der jüngeren Schwarzen Bewegung in Deutschland

Wenn heute von der jüngeren Schwarzen Bewegung gesprochen wird, so deswegen, weil es schon lange vor den heute existierenden Initiativen gesellschaftsrelevante Aktivitäten Schwarzer Menschen in Deutschland gab. So schlossen sich beispielsweise bereits in den 1920er Jahren Schwarze Arbeiter_innen, Gewerkschafter_innen und Künstler_innen zusammen, um für ihre Rechte und Lebensentwürfe einzutreten^[2]. Etwa 60 Jahre später führte der Lehrauftrag von Audre Lorde an der Freien Universität Berlin (damals in West-Deutschland) zur Wiederbelebung dieser Tradition. Die afrikanisch-amerikanische Schriftstellerin und Frauenaktivistin lernte 1984 in ihren Vorlesungen Schwarze deutsche Frauen kennen und ermutigte sie, ihre persönlichen Geschichten und damit die der Schwarzen Diaspora in Deutschland aufzuschreiben. Damit sollten sie der einseitig *weißen* Geschichtsschreibung ein eigenständiges Bild entgegensetzen. Im Zuge dieser Arbeit entstand das Buch „Farbe bekennen“^[3], das zu den ersten Zeugnissen Schwarzer Selbstdarstellung in Deutschland zählt. Zudem gründeten sich die Vereine *Afro-Deutsche Frauen*, heute *Schwarze deutsche Frauen* und *Schwarze Frauen in Deutschland* (ADEFRA) und die *Initiative Schwarze Deutsche*, heute *Initiative Schwarze Menschen in Deutschland* (ISD). Die Mitglieder etablierten dabei lokale Initiativen in Städten

wie München, Stuttgart, Freiburg, Hamburg, Hannover, Berlin, in großen Teilen Nordrhein-Westfalens und in der Rhein-Main-Region. Nach dem Mauerfall kamen weitere Communities hinzu, die sich in Ost-Deutschland vernetzten.

Es entwickelte sich eine Bewegung von Schwarzen Deutschen und Menschen afrikanischer Herkunft, die aus jahrzehntelanger, erlebter Isolation ausbrachen, um sich Freiräume für Schwarze Menschen zu schaffen und dabei nach selbstbestimmten Definitionen ihres Daseins und eigenen, ihnen angemessenen Lebensentwürfen zu suchen. Sie arbeiteten daran, nach und nach ihre Lebenszusammenhänge und ihre Perspektiven und Hoffnungen zu verändern. Ein Beispiel dafür sind die Begriffe „Schwarze Deutsche“ und „Afro-Deutsche“. Sie sind Eigenbezeichnungen, die in den Anfängen der sich formierenden Schwarzen Bewegung geprägt wurden und sich durchsetzten. Sie lösten sämtliche bis dato gängigen und diskriminierenden Bezeichnungen der Mehrheitsgesellschaft für Schwarze Menschen ab. Sie ermöglichen seither die Ausformung eines menschenwürdigen (Selbst-)Bildnisses Schwarzer Menschen in Deutschland.

Schwarze Perspektiven in den dominanten Diskurs einzubringen, war und ist ein zentrales Anliegen der ISD und ADEFRA sowie aller anderen Schwarzen Gruppen und Initiativen, die in den letzten 30 Jahren entstanden sind. Die ISD versteht sich dabei weniger als alleinige Vertreterin Schwarzer Menschen in Deutschland, sondern vielmehr als Teil der Schwarzen Community in Deutschland. Besonders hervorzuheben sind jene Gruppen, die von Flüchtlingen organisiert werden, wie die *African Refugee Association* (ARA), *The Voice*, *Refugees Emancipation* und *Women in Exile*. Sie setzen sich für die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber Flüchtlingen ein und mobilisieren in regelmäßigen Abständen Kampagnen gegen Abschiebungen, Übergriffe durch Staatsorgane, die extreme Rechte und die Residenzpflicht.

Besonders Letzteres ist ein gravierendes Beispiel für die rassistische Behandlung von Schwarzen Flüchtlingen und Flüchtlingen of Color. Die im Asylverfahrensgesetz geregelte Residenzpflicht besagt, dass sich Flüchtlinge nur in dem ihnen zugewiesenen Bezirk



„WER SAGT, DASS ES EINFACH IST, GEGEN HERRSCHAFT ANZUGEHEN?“

Interview



Foto: Sven Vollbrecht

Deniz Utlü ist freier Autor und Herausgeber des Kultur- und Gesellschaftsmagazins freitext. Sabine Seyb sprach mit ihm über sein Engagement gegen Rassismus, den Kulturbetrieb und rassistische Sprachhandlungen.

Wenn du die Entwicklung hinsichtlich des Rassismus in Deutschland und Europa betrachtest, was hat sie sich in den vergangenen zehn Jahren verändert?

Ich denke, dass es seit zehn Jahren eine kontinuierliche Steigerung der Ressentiments gibt. Auf der anderen Seite institutionalisiert sich zivilgesellschaftlich aber auch immer mehr der Kampf gegen Unterdrückungsmechanismen, wie z. B. durch das Antidiskriminierungsgesetz. Allerdings ist die zehn-Jahres-Marke natürlich künstlich, verschiebt man sie, entsteht vermutlich eher ein zyklisches Bild: Ich vermag nicht zu beurteilen, ob der Rassismus heute so stark ist wie Anfang der 1990er Jahre. Dafür bin ich vielleicht auch zu jung.

Seit wann bist du gegen Rassismus aktiv? Gab es ein Ereignis, das für dich ausschlaggebend war?

Nein, ein solches Ereignis gab es für mich nicht. Ich sehe das grundsätzlicher. Das Enga-

gement gegen Rassismus ist für mich Teil eines politischen Bewusstseins, das ich mir aktiv aneignen muss. Durchaus unabhängig von persönlichen Erfahrungen und Empfindlichkeiten. Das heißt nicht, dass ich selber keine negativen Erfahrungen gemacht habe. Ich will nur sagen, dass das nicht das Kriterium ist. Ich denke, es ist wichtig, einen kühlen Kopf zu bewahren und rational zu bleiben. Wenn es für bestimmte Gruppen einen mangelnden Zugang zu Ressourcen gibt, ökonomisch, sozial, kulturell, auf dem Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, im Bildungs- und Gesundheitssystem, dann ergibt sich daraus die Forderung nach Gerechtigkeit. Und wenn es so eine Forderung gibt, dann erzwingt das eine antirassistische Haltung. Das Wort „Gerechtigkeit“ scheint heute mit Pathos beladen zu sein. Ich habe das Gefühl, die Leute halten sich die Ohren zu, wenn das Wort fällt, sind peinlich berührt oder schmunzeln altklug. Auch in der Wissenschaft ist der Begriff zum Teil in Verruf geraten. Dies gilt vor allem in den Wirtschaftswissenschaften. Dort herrscht die Meinung vor, dass wir nicht wissen können,

was gerecht ist und was nicht und wir deshalb lieber das messbarere Kriterium der Effizienz zugrunde legen sollten. Ich bin da pragmatisch: Wenn eine Gruppe etwas Essentielles darf – z. B. sich frei bewegen –, was einer anderen Gruppe per Gesetz oder durch andere Mechanismen verweigert wird, dann muss nicht groß philosophiert werden, um festzustellen, dass es an Gerechtigkeit fehlt. Diesen Pathos lass' ich mir nicht nehmen.

Kannst du deine Aktivitäten skizzieren, auch im Rahmen von freitext?

Ich bin momentan hauptsächlich im Kulturbetrieb aktiv. Dazu zählt auch das Kultur- und Gesellschaftsmagazin *freitext*, das wir 2003 in Hannover gegründet haben und das heute bundesweit erscheint. Ich möchte dazu erst einmal Folgendes festhalten: Ich mache das alles nicht aus einer politischen Intention heraus. Meine literarischen Arbeiten und mein Engagement, wenn man das so nennen mag, im Kulturbetrieb folgen einem Selbstzweck. Es ist eher die Wirkmächtigkeit von Bild und Klang, von Sprache, die mich in diesem Raum bleiben lässt. Aber dieser Raum ist kein Elfenbeinturm, den ich mir angemietet habe. Das darf und kann er nicht sein. Wenn ein politisches Bewusstsein vorhanden ist und sei es auch nur der Wille dazu, also der Versuch einer permanenten, kritischen Selbstreflexion, dann sind die Bilder und Klänge, dann ist auch die Sprache Teil dessen. Und damit auch politisch. Manchmal so subtil, dass nur wenige das merken, manchmal wütend, laut und offensichtlich.

Gerade ein Projekt wie *freitext*, das von Ausgabe zu Ausgabe neu konzipiert, geplant und recherchiert wird, bei dem also erst einmal rational ein Rahmen zu setzen ist, bevor die Autor_innen ans Werk gehen, muss den Anspruch haben, das Geschehen in der Welt, in diesem Fall im deutschen Kulturbetrieb und der deutschen Gesellschaft, immer aus einer kritischen Distanz zu reflektieren. Konkret heißt das, dass wir mit *freitext* versuchen einen

Raum zu schaffen, in dem Kulturproduktion ganz natürlich und unabhängig von Herkunft, Ethnos, Geschlecht, Sexualität etc. entstehen darf. Und dies geht eben nicht, in dem wir sagen: „also für uns spielt das alles gar keine Rolle“, sondern in dem wir explizit Machtstrukturen anfechten, die stillschweigend und normierend zu Segregationen und letztlich zur Unterdrückung bestimmter Stimmen führen.

In unserer aktuellen Ausgabe mit dem Titel „Vibrationshintergrund“, eine Wortschöpfung des Autors Selim Özdoğan, haben wir uns auf unsere Art mit dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen auseinandergesetzt. Dazu gehört für uns immer auch zu schauen, was außerhalb des Rahmens liegt. Deshalb gibt es nicht nur einen Text zur deutsch-türkischen Literaturgeschichte, sondern auch zu Schwarzer deutscher Literatur und zur vietnamesischen Arbeitsmigration in der DDR und neuerer spanischer Arbeitsmigration.

Du hast im Rahmen deiner Redaktions- und Recherchearbeit für den Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB) beratend an der Entwicklung des „Berliner Landesaktionsplans gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung“ mitgewirkt. Welche Bedeutung hat dieser für die Kämpfe gegen Rassismus?

Ich sehe das als Teil der Institutionalisierung der Antirassismearbeit. Meiner Meinung nach ist es dabei von entscheidender Bedeutung, dass maßgebliche Empfehlungen von NGOs erarbeitet wurden – vornehmlich von „Migrant_innen-Selbstorganisationen“, wie sie etwas kompliziert genannt werden. Auch wenn ein Großteil der Empfehlungen erst einmal nicht angenommen wurde – sie wurden geäußert und stehen jetzt im Raum. Das Ganze darf hierbei natürlich nicht stehen bleiben. Der Prozess, in dem die Empfehlungen erarbeitet wurden, war, so wie ich das mitbekommen habe, bereits schwierig und ermüdend, aber dennoch hört die Aufgabe der NGOs hier längst nicht auf. Im Gegenteil. Sie fängt hier an. Jetzt geht es da-

rum, die Aktualität der Empfehlungen permanent zu überprüfen und weiterhin ihre institutionelle Einbindung zu verfolgen und mögliche, auch paternalistische, Vereinnahmungen zu kritisieren und zu verhindern.

Rassismus schlägt sich auch im Sprachgebrauch nieder. Siehst du Veränderungsprozesse in den letzten Jahren? Welche Kritik hast du am Begriff Migrationshintergrund?

Gesellschaftliche Strukturen spiegeln sich auch in der Sprache und wirken über die Sprache wieder zurück auf die Gesellschaft. Und auch hier tragen, wie ich finde, Migrant_innen-Selbstorganisationen, Frauenorganisationen und Queer-Organisationen eine große Verantwortung, denn wenn Multiplikator_innen ihre Sprache nicht kritisch reflektieren, tragen sie unbewusst zur Verbreitung von ungewünschten Strukturen bei – in der Sprache und darüber hinaus.

Bei einer kritischen Auseinandersetzung mit der Sprache darf aber der gesellschaftliche Kontext nicht vergessen werden. Ich kritisiere den Begriff „Migrationshintergrund“, nicht das Wort. Das Wort selbst ist abgesehen davon, dass es nicht besonders ästhetisch ist, zunächst nicht

sonderlich problematisch, weist im Vergleich zu anderen Begriffen wie „Ausländer“ sogar nach vorne. Es ist vielmehr ein soziales Konzept mit dem der Begriff gefüllt wird, das ihn so problematisch macht. Also die Differenz dessen, was das Wort semantisch verspricht und was es im Sprachgebrauch meint. Das statistische Bundesamt hat dabei kaum eine Definitionshoheit. Begriffe definieren sich im Alltag, nicht in Fußnoten. Semantisch schließt „Migrationshintergrund“ fast alle Menschen ein, weil es in jeder Familie eine Migrationsgeschichte gibt, wenn lange genug danach geforscht wird. Im täglichen Sprachgebrauch meint der Begriff aber eine ganz bestimmte Gruppe von Menschen, meist Türk_innen und Araber_innen. Dadurch ist der Begriff im besten Fall unpräzise und im schlimmsten Fall perfide. Wir dürfen da nicht faul sein und müssen solche Worte, die als Begriffe verkommen sind, aus unserem Sprachgebrauch eliminieren, um Klarheit zu schaffen und die Dinge beim Namen nennen zu können. Manchmal muss ein ganzer Satz her oder vielleicht sogar ein Absatz, um die gemeinte Gruppe zu beschreiben. Das mag kompliziert klingen, aber wer sagt, dass es einfach ist, gegen Herrschaft anzugehen?

„RASSISMUS MODERNISIERT SICH“

Ein Gespräch mit Vassilis Tsianos



Vassilis Tsianos ist Mitbegründer von Kanak Attak und derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg. Sebastian Friedrich von kritisch-lesen.de sprach mit ihm über aktuelle Formen des Rassismus.

Im Manifest des antinationalistischen und antirassistischen Netzwerks *Kanak Attak* vom November 1998 stellt ihr klar, dass ihr euch gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Erniedrigung auf allen Ebenen richtet. Ihr meint damit das Feld von den ökonomischen Herrschaftsverhältnissen bis zu Alltagsrassismus und ihr wendet euch dabei explizit gegen die Idee des Multikulturalismus. Auch schon vor der Regierungszeit von Rot-Grün unter Kanzler Schröder war die Rede vom Scheitern von Multi-Kulti. Seit dem ist einiges passiert: Während und nach Ereignissen wie dem 11. September, der Ermordung Theo Van Goghs, der Diskussion um die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und nicht zuletzt während der „Sarrazindebatte“ wurde immer wieder das neuerliche Scheitern von Multi-Kulti ausgerufen. Warum ist das für Politiker_innen und Journalist_innen immer noch ein Thema? Und bist du immer noch kein Freund des Mültekülturalismus?

Ich bin immer noch kein Freund des Mültekülturalismus! Die sozialdemokratische Integ-

rationspolitik der Umverteilung war damals in die Krise geraten und transformierte das Inklusionsversprechen in einen Identitätspolitischen Stellungsriegel. Dieser Stellungsriegel war weder imstande, mit dem Konzept „Integration“ als einseitige Anpassungsforderung zu brechen, noch gelang es, die entstehende migrantische Mittelschicht langfristig mit dem grünalternativen Milieu politisch zu binden. Der Mültekülturalismus bekam stattdessen den Ruf eines staatlich subventionierten Sandkastens für Kuschemigrant_innen, Versteher_innen und Nebeneinanderfetischist_innen. Die Tatsache, dass der Multikulturalismuskurs so stark von Kanak-Renegat_innen à la Kelek und anderen neolaizistischen Kopftuchjäger_innen à la Giordano und Sarrazin negativ angeeignet wurde, bedeutet für mich nicht, dass Multi-Kulti in bester Antira-Manier reflexartig verteidigt werden soll. Denn der okzidentalistische Habitus einer allseits postulierten Toleranz des „bereichernden“ Nebeneinanders war auch in den besten Zeiten des Mültekülturalismus problematisch. Mültekülturalismus stand für eine





billige Abgrenzungspolitik nach „unten“ und für die neoliberale Selbstdisziplinierung eines grün-akademischen Wähler_innenmilieus. Es wurde keinesfalls der Verfassungs-Monokulturalismus radikaldemokratisch in Frage gestellt. In den grünnahen selbstverwalteten Kindergärten oder Stadtteilzentren gab es zwar gut gemeinte Versuche, bei denen aber Mültilkülturalismus mit dem Mültilinguizismus und einer sanften Kanaken-Quote verwechselt wurde, wobei die Geschäftsführer_innen biodeutsch blieben. Die neokonservative Allianz von Renegat_innen, Neolaizist_innen und Altrassist_innen attackierte jedoch schon immer eine ideologische Leiche. Lange bevor das Konzept von den Rechten im Sinne des „Ende der Toleranz“-Slogans als tot deklariert wurde, war es von den Grünen selbst auf dem Weg ihrer Regierungsbeteiligung verlassen worden – wie der Pazifismus übrigens auch. Eine Leiche zu verteidigen ist keine gute Idee. Man agiert schlichtweg im Gelände des Feindes.

Es gibt allerdings einen Markt der billigen Sozialkritik, in dem Politiker_innen und Journalist_innen hauptberuflich zuhause sind. In diesem Markt reicht es, „Multi-Kulti“ auszusprechen, um eine endlose Verkettung von Vorstellungen der „gefährlichen Differenz“ zu aktualisieren. Die Profiteur_innen davon sind eindeutig europaweit die populistischen Neorechten. Der Anti-„Multi-Kulti“-Revanchismus steht für eine affektive Infrastruktur der postpolitischen Mobilisierung städtischer Eliten jenseits des etablierten Parteienspektrums. Ihr Einsatz ist die Reprivatisierung des Städtischen und die Rehierarchisierung der Bildungspolitik. Die Kanak-Renegat_innen finden in diesem Projekt ihren Platz, in dem sie einen Teil der migrantischen Mittelschicht dafür anwerben.

Die Bilder der „gefährlichen Differenz“ wurden im Herbst 2010 medial breit vermittelt, als der Sozialdemokrat Sarrazin unterstützt durch Springer-Presse und *Spiegel* sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ veröffentlichte. Er verband in seinen Ausführungen zum

wirtschaftlichen und kulturellen Abstieg des Standortes und Hochkultur-Staates Deutschland altbekanntem genetischen Rassismus mit einem „Neo-Rassismus“, der darauf abzielt, „Kultur“ festzuschreiben, zu homogenisieren und die der Kultur zugeschriebenen Personen zu determinieren. Seine nicht-wiederholungswürdigen Aussagen aktualisierten die Hintergrundfolie, an der sich dann die Multi-Kulti-ist-gescheitert-Ausrufer_innen wie Seehofer orientieren konnten. Dennoch zeigt die „Sarrazine Debatte“ meiner Meinung nach, insbesondere die Entgegnungen auf Sarrazin im Medien-Mainstream, dass das neoliberale Leistungspostulat eine zunehmend wichtigere Rolle spielt bei der Marginalisierung von Menschen. – Gleichzeitig scheint Biologismus als Argumentationsgrundlage zunehmend zu verblassen. Gemeinsam mit Marianne Pieper sprichst du in diesem Zusammenhang vom „postliberalen Rassismus“. Was meint ihr damit?

Der Rassismus eines Sarrazins ist ein Rassismus der radikalisierten Suburbia-Mittelschicht, die ihre Hegemonie jenseits des Parteienspektrums sucht und organisiert. Ihr Markenzeichen sind urbane Bildungsapanik, autoritärer Sozialrevanchismus zur Disziplinierung metropolitane Devianz und postpolitischer Tabubruch mittels antimuslimischer Rhetorik. Es ist wieder Etienne Balibar, der uns auf eine sehr wachsame Art vor der Rückkehr des Konzeptes der „Rasse“ warnt. Balibar lieferte Anfang der neunziger Jahre mit seinem zusammen mit Emmanuel Wallerstein geschriebenen Buch „Rasse, Klasse, Nation“ eine brillante Analyse des „differenziellen Rassismus“.

Mit dem Begriff des „postliberalen Rassismus“ versuche ich im Anschluss an Balibar die Krise des „differenziellen Rassismus“ weiter zu denken. Der „differenzielle Rassismus“ war ein Rassismus, der die Unvereinbarkeit kultureller Differenzen propagierte und faktisch zur sozialen Immobilität mittels staatsbürgerlicher Exklusion von Migrant_innen führte. Der „post-

liberale Rassismus“ skandalisiert vielmehr den Verfassungspatriotismus der neuen Deutschen und adressiert de facto die mögliche Umkehrung ihrer Staatsangehörigkeit.

Rassismus modernisiert sich in neuen Formen, die nicht nur an der kulturellen Differenz festzumachen sind, auch wenn das immer noch so dargestellt wird. Es ist nicht eine religiöse Differenz, die bei der politischen Thematisierung von Burqa, Niqab oder Kopftuch aufgetan wird, sondern eine kriminalisierende Differenz des terroristischen Generalverdachts, die an dem Zeichen einer religiösen Differenz einer migrantischen oder postnationalen Gruppe festgemacht wird und auf diese Weise ihre sonst unangreifbaren Niederlassungsrechte in Deutschland und in Europa in Frage stellt. In dem „postliberalen Rassismus“ sehe ich dabei die Produktivität eines antimuslimischen Rassismus, der darin besteht, die aus der Einwanderungsgeschichte resultierenden Niederlassungsrechte postnationaler Subjekte einzuschränken, in dem sie z.B. mit der Praxis des generellen Terrorismusverdachts flankiert werden (wie die großartige Arbeit von Werner Schiffauer „Postislam“ u.a. zur skandalösen Institutionalisierung der Überwachung und Disziplinierung von Migrant_innen am Beispiel islamischer Organisationen in Deutschlands deutlich zeigt). Die Legitimationskrise des Neoliberalismus betrifft also auch die buchstäblichen Grenzen liberaler Politiken der postnationalen Staatsbürgerschaft. Diese illiberalen Grenzziehungspolitiken („reversible citizenship“) sind zugleich als postliberale Grenzen der Demokratie zu verstehen.

Durch den Souveränitätsverlust des Staates im Zeitalter der Globalisierung sind die Grenzziehungen zwischen der „Wir-“ und der „Sie-Gruppe“ immer weniger an Staatsgrenzen auszumachen. Das Innen und Außen, Zentrum und Peripherie, scheinen nicht mehr klar konturiert. Um es herunterzubrechen: Welche Funktion nimmt die Stadt im „postliberalen Rassismus“ ein? Nehmen wir Berlin: Auf der

mediopolitischen Ebene werden Stadtteile konstruiert, die als Repräsentanten für „Integrationsverweigerung“ und „Sozialstaatsmissbrauch“ funktionieren. Der „Problembezirk“ Neukölln etwa muss seit Jahren als zentraler Ort für „Parallelgesellschaften“ und „Ghettos“ erhalten.

Der Funktionswandel der Stadt in der Ära der neoliberalen Globalisierung ist mit der Arbeit von Saskia Sassen schon seit fast zwei fast Jahrzehnten eingehend untersucht. Auch die Pionierarbeiten von Walter Prigge und Klaus Ronneberger am Beispiel Frankfurts mit der Studie „Kapital fatal“ haben nicht nur die Transformationsprozesse, denen der städtische Raum im Zuge der Globalisierung unterliegt, sondern auch die transformatorischen Dynamiken, welche von ihm ausgehen, für die deutsche Debatte analysiert. Der städtische Raum und die Produktion eines „New Metropolitan Mainstreams“ (Christian Schmid und Daniel Weiss) sind dabei zentral für das Verständnis von „postliberalem Rassismus“. Die seit den 1990er Jahren durch Gentrifizierung und „Entmischungspolitiken“ verursachte Transformation traditionell „multikultureller“ innerstädtischer Quartiere ist beispielhaft dafür. Dabei erfolgt die Beschreibung „problembehafteter Gebiete“ oder auch „überlasteter Nachbarschaften“ auf der Basis von Statistiken, Expert_innen- oder auch Bewohner_innen-Interviews ausschließlich mittels negativer Begriffe. Diese Begriffe reproduzieren als Ansammlung von städtebaulichen und sozialen Pathologien durch wiederkehrende Bilderreihen und narrative Strategien

die gesellschaftlich hegemonialen Bilder von „Problemquartieren“ oder „Ghettos“.

In Zeiten der Terrorismusbekämpfung avancieren die panischen Räume der „ethnischen Parallelgesellschaften“ zu Laboratorien einer neuen Kunst des Regierens der Migration, in der Stadtpolitiken mit Sicherheitspolitiken zusammengefügt werden. Meine Untersuchung zielt darauf ab, hierbei die Entstehung urbaner Konflikte und räumlicher Konstellationen, die eine neue städtische Mehrheitsgesellschaft hervorbringen, neu zu perspektivieren.

Es geht darum, das Verhältnis von Stadt und Migration in Hinblick auf eine in der Stadt- und Migrationsforschung selten berücksichtigte soziale Gruppe, die der neuen städtischen Eliten, zu reformulieren. In den sogenannten sozialen Brennpunkten geht dieser „New Metropolitan Mainstream“ nämlich mit der Aktivierung von Sexismus, Homophobie und antimuslimischem Rassismus einher. So konstituieren sich die neuen städtischen Eliten selbst, etwa durch die Skandalisierung und affektive Aufladung homophober Äußerungen der ethnisierten „muslimischen Anderen“ im Stadtteil, indem sie nicht nur die vermeintliche Toleranz der Dominanzgesellschaft verkörpern, sondern auch urbane Paniken vorantreiben. Oder um etwas Hamburger Kolorit zu versprühen: Als ich kürzlich mit einer hanseatischen Reederin über Migrationspolitik und die Stadt redete, sagte sie mir unmissverständlich „das ist alles vergeudetes Geld, sorgen Sie einfach dafür, dass mein Auto nicht angezündet wird“.

AHMET IN WUNDERLAND

Über Verschwörungstheorien und andere Einfältigkeiten Von Sabine Schiffer



Foto: Susanne Gabler (Copyright IMV)

Sabine Schiffer ist Medienpädagogin und Leiterin des Instituts für Medienverantwortung (IMV).

Das war schon ein genialer Coup, damals vor gut 50 Jahren. Ahmet wäre nie von alleine darauf gekommen, dass er Teil eines großen Plans war, als er dem Aufruf folgte und zum Arbeiten in die Bundesrepublik Deutschland auswanderte. Leicht war es ihm nicht gefallen, sein Heimatdorf in der Nähe von Trabzon zu verlassen. Der Wunsch, dort regelmäßig Familie und Freunde zu besuchen, zerschlug sich bald angesichts der Notwendigkeit, das Geld lieber in die Heimat zu schicken, statt selbst dorthin zu fahren. Getröstet hat ihn, dass noch viele seinem Beispiel folgten und er bald auch in Deutschland wieder einen ansehnlichen Freundeskreis vorweisen konnte. Ob er und seine Freund_innen damals schon von ihrer großen Mission ahnten?

Sie hatten einen ganz anderen Auftrag als nur den, in Deutschland zu arbeiten, wie Ahmet jetzt deutschen Radiosendungen, Zeitungsmeldungen und Blogkommentaren entnehmen kann. Leicht ist es ihm ja nicht gefallen, das Deutschlernen, aber er hat es geschafft und kann heute ohne Probleme verstehen, wenn sich seine Kolleg_innen über das unterhalten, was sie in der *Bild*zeitung, dem Internet und in Thilo Sarrazins Bestseller gelesen haben. Naja, die Werbekampagne des *Spiegel* für das

Buch des herkunftstraumatisierten Sarrazenen hatte ihn schon überrascht. Was aus dem *Spiegel* geworden ist – nun ja, nichts ist, wie es bleibt. Nun erfährt er schließlich, wie genial er sich als Analphabet in die großen Pläne einfügen konnte, die offensichtlich ohne sein Wissen oder auch nur seine Ahnung gehegt wurden. All die Jahre blieb er in seiner Mission als Muslim unentdeckt und dies bewundert er heute an sich selber. Bis vor kurzem glaubte er noch, dass die Anwerbung eine deutsche Initiative war. Jetzt lehrt ihn das Gerede anderes. Er, Ahmet aus Görele, ist Teil einer konzertierten „islamistischen Aktion“. Seine Rolle ist es nämlich, Westeuropa zu islamisieren – jawohl! Und es macht ihn nun ein wenig stolz zu entdecken, dass er offensichtlich ein wichtiger Teil dieses großen Plans ist.

Geschick hatte es das Religionsministerium angestellt, die Fäden hinter der US-Wiederaufbauhilfe für Deutschland mitsamt dem Marshall-Plan zu ziehen. Niemand hat es 50 Jahre lang gemerkt, auch nicht Ahmet, dass das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder eine türkische Initiative war, ein Vorwand, um Muslim_innen nach Westeuropa zu entsenden. Zudem hatte man mit türkischer Cleverness überlegt, vor allem ungebildete Landarbeiter_innen



zu schicken. Damit versprach man sich nicht nur eine gute Tarnung der eigentlichen Ziele, man hatte vorausschauend in strategischer Genialität auch noch den demografischen Faktor bedacht: nämlich dass in den weniger gebildeten Bevölkerungsschichten, wo oft noch eine traditionelle Rollenverteilung gepflegt wird, mehr Kinder geboren werden. Auch dies ein Teil des lang angelegten Plans, Deutschland – das Herzstück Europas – zu unterwandern. Zwar nehmen die Geburtenzahlen in der zweiten Generation schon ab, aber zum Angstmachen reicht es wenigstens – auch das ein wichtiger Bestandteil des Plans, durch das Erschrecken die Zeugungsfähigkeit der Deutschen zu beeinträchtigen. Es wirkt.

Man wusste, dass der Plan langfristig angelegt war und man sich gedulden musste, bis aus den Hinterhöfen heraus die ersten Moscheen gut sichtbar in die Öffentlichkeit platziert wurden. Man musste Ahmet, der in seiner Heimat nicht gerade vor Frömmigkeit strotzte, nicht einmal explizit auffordern, eine Moschee aufzusuchen und sie regelmäßig durch Spenden finanziell zu unterstützen. Die vorausschauenden Religionsminister, die derweil mit strategischen Berater_innen aus Saudi-Arabien und dem Iran (die nur vorgeben, sich bekriegen zu wollen) zusammen arbeiteten, konnten erwirken, dass die deutsche Gesellschaft sich reserviert den Ankömmlingen gegenüber verhielt. Der Rest erledigte sich dann fast von selbst. Man propagierte also weiterhin den heftigen Verzehr von Knoblauch, das Kleiden der Frauen in bunten Röcken über andersfarbigen Hosen und noch die ein oder andere weitere Kuriosität. Es war ja bekannt, dass sich Deutsche nicht primär durch Neugierde auszeichneten – man urteilt lieber aus der idyllischen Ferne des eigenen Wohnzimmers heraus. Die kalkulierte Zurückhaltung der Deutschen gegenüber den Eingewanderten verhalf nun genau zu dem Effekt, der eigentlich der detaillierte Plan jener „obskuren Kräfte des Mittelalters“ war, die im Hintergrund die Strippen zogen.

Darum erschien es Ahmet auch nicht verwunderlich, sondern fast natürlich, dass er fern der Heimat das Stück Heimat annahm, das sich ihm anbot – den Moscheeverein. Überhaupt sollen ja die Menschen im Laufe ihres Lebens und mit zunehmendem Alter religiöser werden. Da bildet auch der gute Ahmet keine Ausnahme. Er konnte ja nicht ahnen, was er hier für eine Aufgabe erfüllte. Dann hätte er sich freilich noch viel bewusster für die Sache des Islams entschieden, aber eigentlich war es ihm nur eine Selbstverständlichkeit, einen Teil seiner Identität zu entdecken, wo doch andere Teile unwiederbringlich zurückgelassen wurden und sich neue ob der „deutschen Zurückhaltung“ nicht wirklich aufboten.

Manchmal fragt sich Ahmet schon, wie weit eigentlich die Voraussicht des Weltislams noch reichen mag. Wenn er etwa beobachtet, dass seine Enkeltochter das Kopftuch wieder anlegen, das seinen Töchtern kein Wert mehr war. Voller Bewunderung ist er dann für seine Kultur und die genialen Denker_innen in seiner Heimat. Wie sie es schon wieder geschafft hatten, die gleiche Identifikationsnotwendigkeit bei den jungen Muslim_innen zu erwecken, die ihn ganz früher auch einst den Weg in Richtung Moschee einschlagen ließ. Vielleicht ist ihm auch nur bei seinen Enkelkindern das gelungen, was seine Kinder nicht annehmen wollten. Dass sie mehr vom Koran wissen als er, findet er normal, denn schließlich haben sie ja schon von klein auf Lesen und Schreiben gelernt, sprechen mehrere Sprachen und trauen sich, Dinge kritisch zu hinterfragen, an die er nie auch nur im Traum gedacht hätte. Wie auch nicht an die Möglichkeit, dass es so einen genialen Coup überhaupt geben könnte, bei dem über Jahrzehnte hinweg ein so großartiges Ziel unbeirrt verfolgt wird. Zudem noch für alle Beteiligten völlig undurchsichtig. Wenn er nur wüsste, an wen er sich zu wenden hätte, um die Strippenzieher für all das zu loben, was sie so glorreich in die Tat umsetzten – aber es ist einfach keiner auszumachen. Einfach genial!

Beratung

Die Beratung und Unterstützung von Reach-Out steht allen Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin, ihren Angehörigen und den Zeug_innen von Angriffen offen.

Die Angebote sind: Niedrigschwellig, ganzheitlich, parteilich für die Betroffenen, aufsuchend, freiwillig, auf Wunsch anonym und kostenlos. Dabei orientieren wir uns an den Bedürfnissen der Betroffenen; nichts geschieht ohne ihr Einverständnis.

Zu den Beratungsangeboten gehören: Entscheidungshilfen zum Vorgehen nach einem Angriff, Hinweise zu juristischen Möglichkeiten, Begleitung zu Polizei, Gerichten, Anwält_innen etc., Beratung zu finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten, psychosoziale Beratung, Vermittlung von psychotherapeutischen Angeboten.

„NACH EINEM ANGRIFF IST NICHTS WIE ZUVOR“

Beratung | Interview mit Maria João Portugal und Helga Seyb



Maria João Portugal und Helga Seyb sind Mitarbeiterinnen von ReachOut. Kati Becker von der Registerstelle Treptow-Köpenick sprach mit ihnen über die Entwicklung und Probleme ihrer Arbeit.

Ihr seid Berater_innen bei ReachOut. Was bedeutet das?

H: Das bedeutet, dass wir Menschen, die zu uns kommen, zuerst ihr Erlebnis erzählen lassen und ihnen ihre Definition des Geschehens glauben. Dann reden wir darüber, was aus Sicht der Betroffenen zu tun ist, welche Form von Unterstützung sie brauchen.

M: Für uns steht immer der Mensch, den wir beraten, im Mittelpunkt. Er entscheidet immer, was der nächste Schritt ist.

Welche Bereiche umfasst die Beratung?

H: Beratung ist vielschichtig: Sie umfasst Hinweise zu juristischen Fragen, Begleitung zu Terminen bei Polizei, Gerichten, Anwält_innen, die



Vermittlung von Anwält_innen und Jurist_innen, Unterstützungen bei der Öffentlichkeitsarbeit, sofern die erwünscht ist, sowie bei Anträgen für Entschädigungsleistungen des Bundesamtes für Justiz oder für Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz oder bei z.B. dem Opferfonds CURA. Nach der ersten Psychoedukation, die wir selbst machen können, vermitteln wir bei Bedarf Betroffene zu OPRA, der psychologischen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

M: Es ist auch möglich, dass wir arbeitsrechtliche und arbeitsrelevante Informationen vermitteln und Kontakt zu Arbeitgeber_innen oder dem Jobcenter aufnehmen. Wir vermitteln auch Ärzt_innen und kontaktieren Hausverwaltungen, wenn es um Mietangelegenheiten beziehungsweise um Angriffe im unmittelbaren Wohnumfeld geht.

Wer wird beraten?

H: Grundsätzlich werden Opfer von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohungen beraten. Der größte Teil sind Menschen, die aus rassistischen Motiven angegriffen werden und Menschen, die wegen ihrer vermeintlich linken Aktivitäten meist von

organisierten Neonazis angegriffen oder bedroht werden. Die meisten Opfer und auch die Täter_innen sind männlich. Die Ratsuchenden sind mehrheitlich zwischen 20 und 50 Jahre alt.

Ihr bietet auch für Zeug_innen und Angehörige von Betroffenen Beratung an. Kommt das häufiger vor?

M: Ja, gerade wenn die Opfer Kinder oder Jugendliche sind, wollen sich auch die Angehörige von uns beraten lassen. Auch Zeug_innen sind mit einem Angriff häufig überfordert, wissen nicht, ob sie sich richtig verhalten haben. Wenn sie z.B. vorgeladen werden und nicht wissen, was sie tun sollen, dann können wir sie begleiten. Im Umgang mit Angehörigen und Freund_innen geht es auch darum, darüber zu sprechen, wie sie Betroffene am besten unterstützen können. Es ist einfacher, wenn man Verwandte oder ein Netzwerk hat, die einer und einem helfen, das Erlebte zu verarbeiten.

Mit welchen Problemen kommen Betroffene zu Euch, welche traumatisierenden Erlebnisse schildern sie?

H: Für viele Opfer spielt es eine ganz wichtige Rolle, wie diejenigen, die während des Angriffs

in der Nähe waren, sich verhalten haben. Besonders schwierig ist es immer dann, wenn diese Menschen sich nicht unterstützend verhalten haben. Dann gehen die Betroffenen davon aus, dass ein Angriff auf sie jeden Tag passieren kann und wieder alle nur zusehen und niemand eingreift. Nach einem Angriff ist nichts wie zuvor. Die Verunsicherung ist groß, die Verletzungen schwerwiegend. Sind letztere körperlicher Natur, braucht es gute Ärzt_innen oder ein Krankenhaus, aber die Verletzungen sind auch psychischer Art. In diesen Fällen ist es besonders wichtig zu schauen, welche Formen der Unterstützung es geben kann.

M: Es geht oft auch darum, Strategien für den Alltag zu entwickeln, was meistens zusammen mit dem Psychologen geschieht. Aber unabhängig davon können wir unterstützen, indem wir etwa einen neuen Weg zur Arbeit entwerfen, damit der oder die Betroffene überhaupt wieder zur Arbeit oder aus dem Haus gehen kann, um sich zum Beispiel mit Freund_innen zu treffen.

Wie ist es mit den Opfern von rassistischer Polizeigewalt? War das immer ein Thema bei Euch?

H: Wir haben von Beginn an auch Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt beraten. Es gibt keine unabhängige professionelle Alternative. Zwar gibt es das Büro des Berliner Integrationsbeauftragten, an den sich auch Opfer von Polizeigewalt wenden können, aber staatliche Stellen werden von Betroffenen von Polizeigewalt häufig ungern aufgesucht. Wir haben nie einen Unterschied gemacht zwischen einem rassistischen Angriff und einer Kontrolle, die dann durch polizeiliche Täter_innen in eine rassistische Körperverletzung umschlägt. Die Beratung ist allerdings schwieriger, weil Betroffenen von Polizeigewalt oft nicht geglaubt wird, was ihnen passiert ist. Die Polizei in Deutschland genießt weltweit einen guten Ruf. Das ist noch schwieriger für die Leute. Auch ihr soziales Umfeld ist häufig der Meinung: „Na irgendwas wirst du schon falsch gemacht haben“. Das Beispiel der

aktuellen Nazimorde macht nochmals deutlich, dass den Opfern und deren Angehörigen unterstellt wurde, etwas falsch gemacht zu haben. So wurde über Jahre behauptet, die Opfer seien in kriminelle Strukturen verstrickt gewesen.

M: Es kommen auch Menschen zu uns, die Opfer von rassistischer Gewalt durch Unbekannte geworden sind, in diesem Zusammenhang die Polizei gerufen haben und wegen dem Verhalten der Polizei eine Retraumatisierung erleben mussten, wenn sich die Polizist_innen etwa rassistisch äußerten oder den Opfern unterstellten, sie hätten etwas Bestimmtes gemacht, sich falsch verhalten und seien somit zumindest mitschuldig.

Hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre gesellschaftlich etwas in Bezug auf Alltagsrassismus verändert? Hat eine Sensibilisierung stattgefunden?

H: In einigen gesellschaftlichen Bereichen hat es eine Sensibilisierung gegeben. Das liegt auch an den Auseinandersetzungen um sogenannte national befreite Zonen oder No-Go-Areas. Mit den Diskussionen wurde Vielen deutlich, dass es umherziehende Neonazis gibt, die bereit sind, zu morden oder ihre vermeintlichen Gegner und Feinde schwer zu verletzen. In diesem Zusammenhang gibt es regelmäßig eine große Empörung. Alle sind sich schnell einig, dass Nazis so richtig böse sind. Die Rede über Rassismus aber und was es für die Betroffenen bedeutet, wenn angesehene Personen sich rassistisch äußern, ruft relativ wenig Empörung hervor. So ist beispielsweise antimuslimischer Rassismus sehr salonfähig. Dennoch erinnere ich mich noch mit Schauern an den ersten Angriff auf eine Frau mit Kopftuch. Die Frau wurde in Marzahn in der Straßenbahn angegriffen. Ein ermittelnder Polizist meinte damals zu mir, dass „solche Leute“ nicht zur Opferberatung gehen, sondern zum „Paten“. Ich hoffe, dass so eine Äußerung heute nicht mehr möglich wäre. Ansonsten kommt es auf das konkrete Thema an. Es ist mittlerweile durchaus möglich, über



Rassismus zu sprechen, wenn es um einzelne Täter_innen als Individuen geht. Anders sieht es aus, wenn gesellschaftlich verankerter Rassismus kritisiert werden soll, wenn die Verantwortung dafür, was in Zeitungen, in Büchern, in Interviews oder auf Internetseiten transportiert wird, zur Sprache gebracht wird. Auch über strukturellen Rassismus möchten die Zuständigen immer noch reden, ganz zu schweigen von Gesetzgebungen oder Hierarchien gegenüber verschiedenen Gruppen von Eingewanderten. Da gibt es viele Gesetze, bei denen man denken könnte, das seien Naziideen wie z.B. das Arbeitsförderungsgesetz, das Deutsche bevorzugt.

M: Ich sehe aber nur wenige Veränderungen, was die rassistisch motivierte Gewalt angeht. Es gibt nach wie vor wenig Solidarität mit Menschen, die Opfer dieser Art Gewalt geworden sind. Sei es, dass man nur schwer vom rassistischen Hintergrund einer Gewalttat erfährt, oder dass rassistische Gewalttaten als Einzelfälle heruntergespielt werden, indem etwa dem Opfer gesagt wird, es sei zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen. Das führt auf Seiten der Opfer zu Schuldgefühlen und Beschämung. Ich denke auch, dass heute etwa das Aussprechen des N-Wortes genauso salonfähig ist, wie es vor einigen Jahren war. Außerdem sehen wir immer, wie in juristischen Verfahren die An-

wält_innen häufig darum kämpfen müssen, dass in einem Urteil die rassistische Motivation auftaucht. Es muss auch immer wieder versucht werden, dass in den Medien über Fälle so berichtet wird, wie sie passiert sind, dass nicht der rassistische Gehalt der Taten verschleiert oder verharmlost wird.

Was motiviert euch, diese Arbeit zu machen?

H: Es muss jenseits von Ermittlungsbehörden Einrichtungen geben, bei denen die Betroffenen von rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt und Bedrohung mit ihren Erlebnissen ernst genommen werden. Die Menschen, die beraten, müssen darüber informiert sein, unter welchen Bedingungen Menschen hier leben, dass sie jeden Tag um ihr Leben fürchten müssen und zwar nicht, weil sie vermeintlich in kriminelle Machenschaften verwickelt sind, sondern einfach nur, weil sie angeblich nicht hierher gehören und deshalb vertrieben werden sollen. Es ist wichtig zu thematisieren, welche Auswirkungen Rassismus hat, dass das Reden davon, wer etwa wegen zugeschriebener Herkunft oder Religion hier nicht hingehört oder angeblich dieser Gesellschaft zur Last fällt, Opfer produziert. Das ist neben der Beratung sehr wichtig. Die Erzählung über eine Seite dieser Gesellschaft, die häufig nicht erzählt werden kann. Ich bin sehr froh, dass Leute mir

vertrauen und mir von ihren Erfahrungen in dieser Gesellschaft berichten.

M: Mich motiviert jeder einzelne Mensch, der zur Beratung kommt, jedes einzelne Schicksal. Es ist wichtig, dass die Opfer bei uns die Möglichkeit haben, Gehör zu finden und Unterstützung dabei, sich zu wehren, um einigermaßen in ihren (für immer veränderten) Alltag zurückkehren zu können.

Behindert euch die Extremismusklausel?

H: Es behindert uns insofern, da viel Energie aufgewendet werden muss, um solche Aktivitäten aus den Ministerien zu kommentieren und abzuwenden. Ob ich persönlich als Extremistin bezeichnet werde ist mir egal, aber in Bezug auf das Misstrauen, das den Projekten entgegengebracht wird, ist die Klausel ein schreckliches Desaster. Die Projekte, die die Klausel nicht unterschreiben, werden als extremistisch hingestellt. Die Menschen, die zu uns kommen, sind in der Regel nicht ausdrücklich politisch positioniert. Sie erwarten Empathie und Parteilichkeit für ihr Anliegen. Sie werden durch das Gerede von Extremismus verunsichert und im Zweifelsfall nehmen sie dann keine Beratungsangebote wahr. Insofern ist diese Art der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung eine Katastrophe.

Welche Forderungen habt ihr bezüglich eurer Beratungsarbeit? Welche Perspektiven seht ihr?

H: Unabhängige Beratungsstrukturen sind unabdingbar. Menschen müssen sicher sein können, dass die Beratungsstelle in der Lage ist, sie durch den ganzen Beratungsprozess zu begleiten. Das dauert oft Jahre. Die Finanzierung der Beratungsstellen darf daher nicht in jedem Jahr zur Disposition gestellt werden. Solche Diskussionen wecken kein Vertrauen in die Struktur. Die Beratenden sollten an ihrer Arbeit und nicht an ihrer Gesinnung gemessen werden. Eine langfristige Planung, Angebote zur Verfügung zu stellen, muss gewährleistet sein.

Da wir immer häufiger auch Anfragen aus den westlichen Bundesländern bekommen, fordern wir, dass auch dort flächendeckend unabhängige Beratungsstellen eingerichtet werden. Der Bedarf ist deutlich zu merken. Nur die kontinuierliche Förderung von Beratungsstellen wie unserer ermöglicht eine langfristige und professionelle Unterstützung Opfer rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt.



BERATUNG ALS POLITIK GEGEN RASSISTISCHE (OHN-)MACHTSSTRUKTUREN

Von Angelina Weinbender

Angelina Weinbender ist Mitarbeiterin im Migrationsrat Berlin Brandenburg e.V.



*„Im Übrigen gilt ja hier derjenige,
der auf den Schmutz hinweist,
für viel gefährlicher als der,
der den Schmutz macht.“
(Kurt Tucholsky)*

Zwischen 2000 und 2007 werden Enver Şimsek, Abdurrahim Özüdođru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Yunus Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat durch die gleiche Tatwaffe ermordet. Am 09. Juni 2004 explodiert in einem überwiegend von People of Color bewohnten Viertel in Köln eine Nagelbombe, 22 Menschen werden zum Teil schwer verletzt. In der Öffentlichkeit ist man sich schnell einig, dass diese Morde und der Anschlag in Köln mit dem „Migrationshintergrund“ der Opfer zusammenhängen. In gängiger rassistischer Manier wird der „Migrationshintergrund“ zum Indiz für kriminelle

Machenschaften der Verletzten und Ermordeten. Die Hinweise der Angehörigen auf mögliche rassistische Motive werden ignoriert. Die Sicherheitsbehörden ermitteln gegen das Umfeld der Opfer und ihrer Angehörigen. Obwohl die eigens eingerichtete Sonderkommission „Bosporus“ zu den Größten in der Geschichte der BRD zählt, bleiben ihre Ermittlungen ergebnislos.

Erst als die Polizei im November 2011 eher zufällig bei tot aufgefundenen Neonazis auf die Tatwaffe der rassistischen Mordserie und das Bekennervideo zum Anschlag stößt, werden

die Gewalttaten öffentlich als rassistisch motiviert anerkannt und die Arbeit der Sicherheitsbehörden und Innenministerien kritisiert.

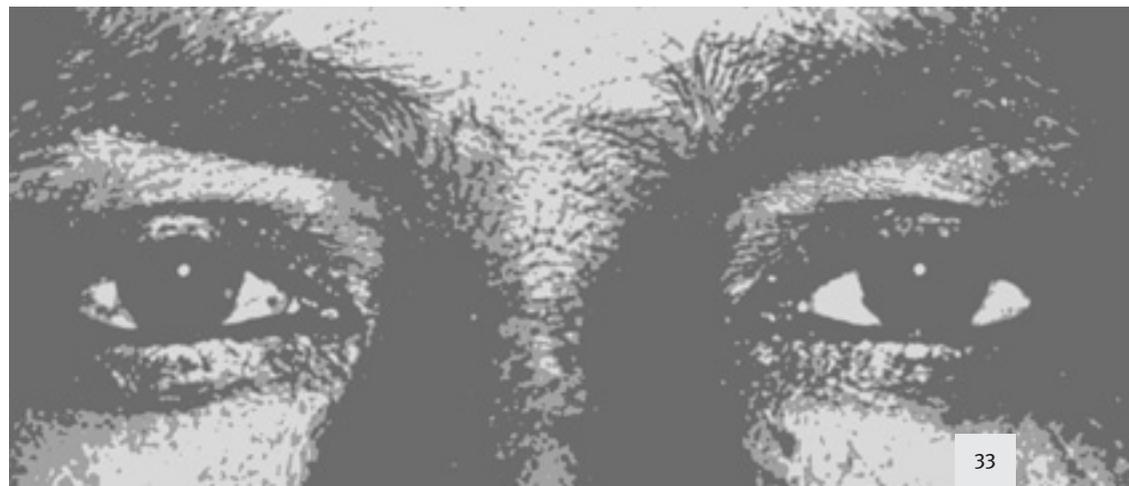
Es wird darüber gesprochen, dass die Regierung nicht genug gegen Rechtsextremismus tut, man empört sich erneut über die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit organisierten Nazis, diskutiert ein NPD-Verbot und stellt Konzepte zum Ausbau des Überwachungsapparats vor. Über Rassismus in den eigenen Reihen wird nicht gesprochen. Dass die Behörden auf dem rechten Auge blind seien, ist häufig das Höchste der Kritik. Die Kriminalisierung von People of Color durch die Sicherheitsbehörden und ihre Entmenschlichung durch die mediale Berichterstattung („Döner-Morde“) wird nicht als rassistisch kritisiert, vielmehr wird Rassismus erneut als ein Phänomen gesellschaftlicher Randgruppen verharmlost. Genau an diesem Punkt beginnt und endet die Arbeit einer Beratungsstelle für Opfer rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt.

Die Ereignisse um die rassistischen Serienmorde und den Anschlag in der Kölner Keupstraße zeigen erneut, dass bereits die Benennung einer Tat als „rassistisch“ ein politischer Akt ist, der Entscheidungs- und Durchsetzungsmacht bedarf. Die immer wieder gemachte Erfahrung der Kriminalisierung und Entmenschlichung

durch Politik, Polizei, Justiz, und Medien zeugt von der inferioren gesellschaftlichen Position der Menschen, die von rassistischer Gewalt betroffen sind. Ihnen wird misstraut, sie werden verdächtigt, selbst schuld oder zu sensibel und überhaupt aggressiv und irgendwie nicht ganz richtig im Kopf zu sein. So geht es nicht nur am deutschen Stammtisch zu, das ist behördlicher Alltag, gängige, politisch bestimmte Praxis. Muslimische Kopftuchträgerinnen werden nicht nur durch Bespucken erniedrigt, sondern auch durch das Kopftuchverbot in der Beamteninnenaufbahn (Neutralitätsgesetz).

Deutschlands zweitgrößter Arbeitgeberin, die Kirche, ist es gesetzlich erlaubt, Andersgläubige nicht zu beschäftigen (§10 AGG). Außerdem wird mit dem politischen Programm „Extremismus“ brennenden Autos mehr Aufmerksamkeit geschenkt als brennenden Menschen.

Die Polizei kontrolliert an „kriminalitätsbelasteten Orten“ (§21 ASOG) Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder einer bestimmten Herkunft, die Senatsverwaltung für Inneres begrüßt dieses polizeiliche Vorgehen. In ihrem Auftrag werden Menschen schwarzer Hautfarbe oder einer bestimmten angenommenen Herkunft per Statistik einer spezifischen Kriminalitätsart zugeordnet und die gesonderte Kontrolle der so bestimmten Menschengruppen politisch





mit Effizienz legitimiert. Wer solche Kontrollen erlebt oder beobachtet und sie als rassistisch benennt, wird von den Beamt_innen wegen Beleidigung angezeigt^[1].

Amare B. wird am 25. Mai 2010 auf dem Tempelhofer Damm von zwei Zivilpolizisten attackiert. Die Beamten haben den Verdacht, dass der (auf seinen Wohnungsmakler) wartende Schwarze Mann ein Späher von Süßigkeitsdieben sei, die ihnen gerade aus dem Supermarkt entwischt sind. Amare B. ist nach dem Angriff ein halbes Jahr lang arbeitsunfähig. Die Staatsanwältin schließt sich vor Gericht dem Urteil des ermittelnden Kollegen der beiden angeklagten Beamten an und stuft den rassistischen Angriff durch die Polizisten als „dumm gelaufen“ ein, sie plädiert für einen Freispruch der angeklagten Polizisten^[2].

Am 19. Mai 2011 erschießt in einem JobCenter in Frankfurt am Main eine Polizistin Christy Schwundek. Noch am selben Tag sind sich Polizei, Staatsanwaltschaft und Presse einig, die „aggressive Nigerianerin“ sei „durchgedreht“, die Gedanken seien bei dem verletzten Polizeikollegen^[3].

Rassismus wird von *weiß*-deutschen, christlich auf- und abgeklärten Entscheidungsträger_innen insbesondere dann verschwiegen, geleg-

net und kategorisch ausgeschlossen, wenn die Angriffe aus den eigenen Reihen stammen oder sich nicht eindeutig „Rechtsextremisten“ zuordnen lassen. Dabei ist es die Aufgabe einer Beratungsstelle für Opfer rassistischer Gewalt, People of Color zur Definitionsmacht über die Ereignisse zu verhelfen. Sie bestimmen über ihre Geschichte. Dafür brauchen sie Unterstützung durch kritische Jurist_innen und Journalist_innen, sensibilisierte Ärzt_innen und Psycholog_innen, Prozessbeobachter_innen, Aktivist_innen, Wissenschaftler_innen und vielen mehr. Denn die öffentliche Beurteilung einer Tat als rassistisch entscheidet nicht nur über das Strafmaß für die Täter_innen und die Entschädigung der Opfer, sondern wirkt sich auf die gesamten Lebensumstände der Opfer aus. Sie sind nicht nur mit dem Problem rassistischer Einzeltäter_innen oder organisierter Nazis konfrontiert, vielmehr stoßen sie auf ein gesamtgesellschaftliches Umfeld rassistischer Herabsetzung, Benachteiligung und Ausgrenzung. Die Ohnmachtserfahrung des gewalttätigen Angriffs hat oftmals lange davor begonnen und setzt sich auch nach dem Angriff fort.

Eine Beratungsstelle, die diese politischen (Ohn-)Machtzusammenhänge nicht mitdenkt, macht sich nicht nur unglaubwürdig, sondern läuft auch Gefahr, sich mitschuldig zu machen. Rassistische Gewalt beginnt und endet nicht mit Schlägen und Tritten. Rassistische Gewalt

geschieht nicht zufällig oder ausnahmsweise. Den Pogromen in den 1990er Jahren gingen öffentliche Diffamierungen und asyl- und migrationspolitische Veränderungen voraus.

Kurz nach der Veröffentlichung der ersten Auszüge aus „Deutschland schafft sich ab“ begann die Brandstiftungsserie an Berliner Moscheen, binnen eines halben Jahres brannten zehn Moscheen und der Berliner Innensenator forderte währenddessen alle Berliner_innen dazu auf, „seltsam aussehende Menschen“, die „nur Arabisch oder eine Fremdsprache sprechen“ den Behörden zu melden^[4]. Eine Beratungsstelle für Opfer rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt muss sich offensiv gegen solche rassistische Hetze positionieren, sie muss gegen das Verleugnen, Dulden und Decken von Rassismus vorgehen, sie muss Rassismus als ein Phänomen sichtbar machen, das unser al-

ler Leben bestimmt, in dem die Einen von der rassistischen Diffamierung und Ausgrenzung der zum bösen Anderen gemachten Menschen profitieren.

Dafür braucht es unbequeme Menschen, die ihren Standpunkt auch dann noch vertreten, wenn sie sich unbeliebt machen, belächelt, beschimpft oder selbst kriminalisiert werden. Dafür brauchen wir in jedem Winkel Deutschlands Beratungsstellen wie ReachOut, die sich als politische Interessenvertretungen begreifen, die ihre gesellschaftliche Position dazu nutzen, Menschen, die von Rassismus betroffen sind, zu ihrem Recht zu verhelfen und ihre gesellschaftliche Machtstellung zu stärken. Beratungsstellen, die – wie ReachOut – von, mit und für People of Color errichtet sind und sich gegen offiziell verübten und geduldeten Rassismus einsetzen.



[1] Vgl. hierzu www.kop-berlin.de: „Rassismus als Struktur - das Verfahren gegen Brian J. wird eingestellt“

[2] Vgl. hierzu www.kop-berlin.de: „Zweiter Prozessstag gegen der gefährlichen Körperverletzung beschuldigte Polizisten“ sowie die Berichterstattung zur Prozessbeobachtung auf www.bier-statt-blumen.de: „Zur falschen Zeit am falschen Ort. Berliner Polizeibeamte vor

Gericht“; „Amtsgericht Berlin verurteilt zwei Polizeibeamte wegen Körperverletzung im Amt“

[3] Vgl. hierzu die Pressemitteilung der Mediatwatchorganisation *der braune mob e.V.*: „Erschießung anscheinend unproblematisch“

[4] So Dr. Eberhart Körting in einem Interview der rbb-Abendschau vom 17.11.2010

Monitoring bei ReachOut

Die Rechercharbeiten von ReachOut dienen der möglichst zeitnahen Kontaktaufnahme mit den Betroffenen und dazu, das Ausmaß der Angriffe zu erfassen und zu veröffentlichen. Dazu werden täglich die Berichterstattung der Medien, die Polizeipressemeldungen, die Informationen von Kooperationspartner_innen aus den Berliner Bezirken und die Informationen von Opfern und Zeug_innen gesammelt und ausgewertet.

Die Angriffssituation wird dokumentiert in der berlinweiten "Chronik", in dem online gestellten Stadtplan, auf dem die "Tatorte" gekennzeichnet werden, in der Fotoausstellung "Berliner Tatorte – Dokumente rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt" und in einer Datenbank.

„FÜR RASSISMUS SENSIBILISIEREN“

Monitoring, Recherche und Dokumentation Interview mit Maria João Portugal und Ulrike Müller



Maria João Portugal und Ulrike Müller sind Mitarbeiterinnen von ReachOut. Kati Becker von der Registerstelle Treptow-Köpenick sprach mit ihnen über Recherche, Forderungen und Handlungsmöglichkeiten.

Ihr seid für die Recherche- und Dokumentationsarbeiten bei ReachOut zuständig. Was konkret heißt das?

M: Es ist eine tägliche Arbeit. Der erste Schritt der Recherche beinhaltet vor allem das Durchsehen der Medien nach Meldungen aus Berlin, die im Zusammenhang mit unserer Arbeit stehen könnten. Unter anderem durch Meldungen der Pressestelle der Polizei erfahren wir

von den Angriffen, die angezeigt wurden. Wir recherchieren auch auf den Internetseiten von Kooperationspartner_innen, die sich aber häufig direkt an uns wenden, wenn sie von einem Angriff erfahren haben. Als zweites versuchen wir entweder durch Recherche vor Ort oder durch ein persönliches Schreiben Kontakt zu den Betroffenen aufzunehmen. Wir möchten, dass die Betroffenen von unserem Beratungsangebot und unserer Unterstützungsarbeit

Kennntnis nehmen und sich, wenn sie es sich wünschen, an uns wenden können.

U: Eine Schwierigkeit bei den Recherchen ist es, dass teilweise der rassistische oder rechte Hintergrund bei Polizeimeldungen nicht angesprochen wird. Durch Recherchen anhand der Tagespresse, der Seiten von Kooperationspartner_innen wie beispielsweise den bezirklichen Antifagruppen, kann manchmal der Hintergrund der Taten deutlich werden. Vor allem die Angriffe und Hinweise, die wir aus Antifachroniken entnehmen, sind häufig nicht bei der Polizei angezeigt worden. Neben den Recherchen gehört die laufende Aktualisierung unserer Chronik, in der die Angriffe, die in Berlin stattfinden, dokumentiert sind, zu meinen Aufgaben. Die Chronik ist auf unserer Homepage veröffentlicht.

M: Recherche machen wir auch, wenn sich Menschen direkt an uns wenden. Manchmal haben die Betroffenen zwar die Polizei gerufen und Anzeige erstattet, aber dann nichts mehr von der Polizei gehört. Wir besorgen dann die Vorgangsnummer und fragen gegebenenfalls bei der Polizei nach, warum der Angriff nicht veröffentlicht wurde. Wir besorgen die notwendigen Informationen, damit die Betroffenen alle Schritte, die nach dem Angriff unternommen werden, verstehen und verfolgen können. Hier überschneidet sich das Recherche- mit dem Beratungsangebot.

Wie ist das Verhältnis zwischen Dokumentation und Beratung?

M: Wir arbeiten mit einer Datenbank, die wir gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Beratungsprojekten entwickelt haben. Darin erfassen wir die Informationen zu unserer Recherche- und Beratungsarbeit, die wir für unsere statistische Auswertung benötigen. Wir beraten aber weniger Menschen, als wir in der Dokumentation der Angriffe insgesamt erfassen. Das liegt einerseits daran, dass nicht alle Betroffenen zu uns kommen, andererseits gibt

es Menschen, die keine Öffentlichkeit wollen, auch keinen Eintrag in der Chronik. Das kommt vor allem dann vor, wenn die Täter_innen nicht bekannt sind und noch frei herumlaufen.

U: Die Meldungen in unserer Chronik halten wir kurz und knapp und beziehen uns auf die Fakten. Dabei orientieren wir uns an den Schilderungen der Opfer. Es sind nur die Informationen enthalten, die für die Öffentlichkeit wichtig sind. Die Opfer selbst bleiben anonym. Dabei ist es wichtig, die Quellen zu überprüfen und zu archivieren, damit ein Angriff auch Jahre später nachvollzogen werden kann. In die Chronik fließen immer wieder neue Informationen ein, etwa wenn sich im Laufe eines Gerichtsverfahrens herausstellt, dass es doch ein rassistischer oder rechter Angriff war. Dann wird ein Angriff im Nachhinein in die Chronik aufgenommen. Es können sich aber auch Details eines Angriffs ändern, zum Beispiel die Ortsangaben.

Haben die Angriffe abgenommen?

M: Nach unseren Erkenntnissen bleibt die Zahl der Angriffe in den letzten Jahren insgesamt auf ungefähr gleich hohem Niveau. Im Vergleich zu 2010 müssen wir in 2011 sogar wieder einen Anstieg verzeichnen. Zur Wahrnehmung, dass die Anzahl der Angriffe im Vergleich zu den 1990er Jahren stetig abnimmt, lässt sich Folgendes sagen: Zwar wurden in den 1990er Jahren vermehrt Flüchtlingsheime angezündet, aber an den aktuellen Erkenntnissen um die Nazimorde lässt sich erahnen, dass die enorm hohe Dunkelziffer in diesem Bereich eine Einschätzung sehr schwer machen.

Wie dokumentiert ihr die Qualität der Angriffe und gibt es im Vergleich zu 2010 Veränderungen in diesem Jahr?

M: In unserer Datenbank erfassen wir verschiedene Straftatbestände. Meistens handelt es sich um Körperverletzungen und gefährliche Körperverletzungen.

U: Die meisten Angriffe in den letzten Jahren wurden nicht von organisierten Rechten, sondern von Täter_innen verübt, die den Ermittlungsbehörden bis dahin noch nicht bekannt waren. Das häufigste Motiv ist Rassismus. In diesem Jahr hat eine leichte Veränderung stattgefunden, bei der vermehrt organisierte Rechte politische Gegner_innen angegriffen haben, vor allem im Bezirk Neukölln. Die Angriffe, die wir in diesem Jahr und im vergangenen Jahr bereits dokumentiert haben, geschahen gleich häufig in den Ost- und Westberliner Bezirken. Früher gab es immer mehr Angriffe im Osten der Stadt.

M: Im Vergleich zum letzten Jahr finden mehr Angriffe im Wohnumfeld statt. So gibt es häufig rassistische Angriffe in der Nachbarschaft.

Welche Schwierigkeiten gibt es bei der Recherche?

U: Aufgrund der Tatsache, dass über viele Jahre mehr Projekte im Osten der Stadt gefördert wurden und durch die Einführung der Register in den Ostberliner Bezirken, ist die Sensibilisierung dort viel größer und dadurch haben wir dort viel mehr mitbekommen. In den westlichen Stadtteilen fehlen diese Strukturen. Eine Schwachstelle im Rahmen der Recherchen sind außerdem Polizist_innen vor Ort, die nicht erkennen, dass es sich um einen rechten, rassistischen Angriff handelt.

Welche Forderungen habt ihr?

M: Die feste und kontinuierliche Finanzierung von Projekten, nicht nur von ReachOut, sondern vor allem unserer Kooperationspartner_innen, denn nur mit ihnen ist unsere Arbeit möglich.

U: Die Abschaffung der Extremismusklausel und ein Ende der Gleichsetzung von rechts und links. Die Bundesfamilienministerin Schröder gehört zu denjenigen, die die Extremismustheorie forciert und die Medien übernehmen diese

Meinung häufig völlig unkritisch. Zum Beispiel werden 800 Angriffe durch Rechte gleichgesetzt mit linken Gewaltdelikten, zu denen jede Festnahme auf einer Demo gezählt wird. Leser_innen, die den Unterschied zwischen einer Körperverletzung und einem Gewaltdelikt nicht kennen, denken dann, die Linken seien viel schlimmer. Das bewusste Manipulieren von Statistiken muss aufhören. Eine Forderung an die Politik ist, den Verfassungsschutz abzuschaffen und alles aufzuklären, was unter Mitwirkung des Verfassungsschutzes geschehen ist.

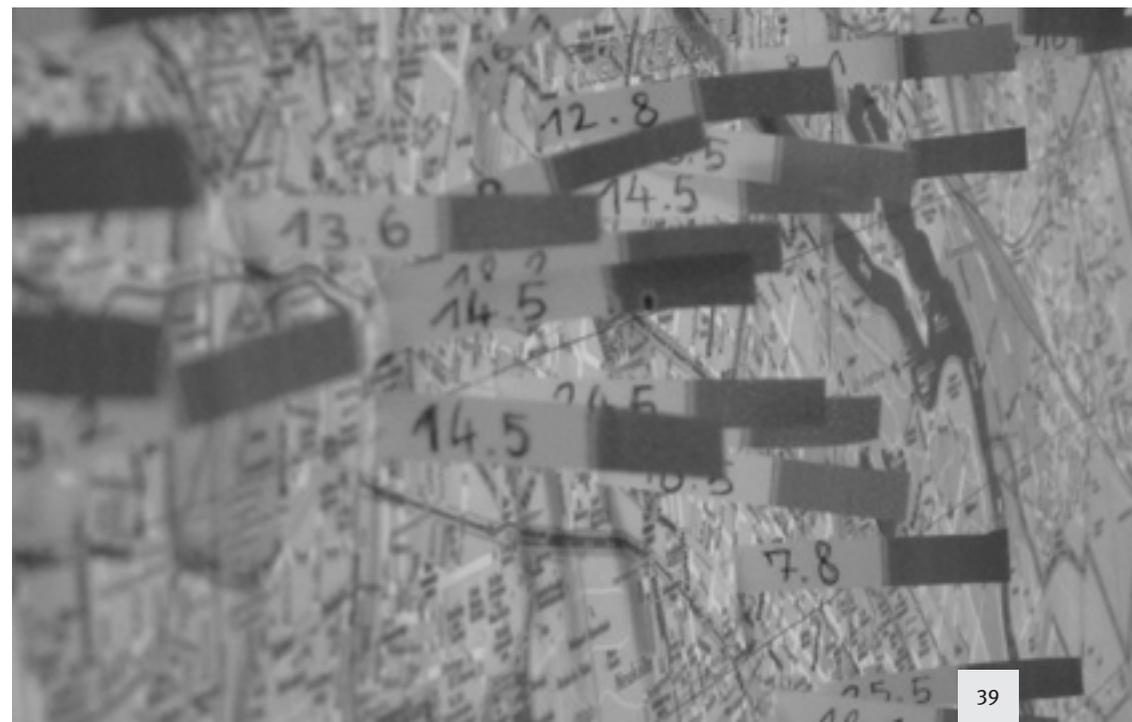
Was kann man gegen Alltagsrassismus tun? Wie soll die Gesellschaft auf die neuesten Enthüllungen reagieren?

M: Der gesellschaftliche Diskurs muss sich ändern und da spielen die Medien eine wichtige Rolle, also die Frage, wie berichtet wird. Einige Begriffe, die eindeutig rassistisch sind, bleiben haften und setzen sich im Diskurs durch. Außerdem ist für Menschen, die täglich von Rassismus betroffen sind, die Sensibilisierung und die Solidarität von Anderen sehr wichtig. Nicht nur bei Journalist_innen, auch bei den Polizeibeamt_innen, die zu einem Tatort gerufen werden, muss noch ganz viel in diesem Bereich getan werden. Gerade in solchen Berufen bedarf es einer besonderen Sensibilisierung für den Umgang mit Menschen, die Opfer geworden sind. Häufig erleiden diese Menschen sogar eine Retraumatisierung, wenn sie sich, z.B. nach einem Angriff, eine rassistische Äußerung oder eine rassistisch motivierte Unterstellung oder Fragestellung gefallen lassen müssen. Eine starke Zivilgesellschaft, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus klar positioniert und vielfältige Initiativen sind unheimlich wichtig, damit die Opfer wissen, dass es nicht nur dieses oder jenes Projekt gibt, sondern dass es auch andere Menschen gibt, die solidarisch mit ihnen sind. Auch eine sensible und kontinuierliche Berichterstattung in den Medien wäre sehr wichtig.

U: Antirassismus müsste fester Bestandteil jeder Aus- und Weiterbildung sein, das gilt vor allem für Behördenmitarbeiter_innen und alle, die Kontakt zu Betroffenen haben.

M: Es gibt aber auch Hoffnung. Es gibt Studierende, die sich etwa gegen Dozent_innen auflehnen, die das N-Wort sagen. Und es gibt Staatsanwält_innen, die den rassistischen Hintergrund eines Angriffs klar benennen. Leider sind diese Menschen immer noch die Ausnahme, aber sie machen Hoffnung. Durch die Morde, die gerade in der Öffentlichkeit stehen, wird Rassismus wieder diskutiert. Aber auch in dieser Debatte wird Rassismus auf die Anderen geschoben und als Phänomen dargestellt, das bei Terrorist_innen oder bei der NPD auftaucht. Gerade an den Morden bzw. an der Berichterstattung (mit z.B. dem Begriff „Dönermorde“) und an den Ermittlungen in diesen Fällen in den letzten Jahren kann man aber sehen, wie verankert Rassismus ist. Dass man den Hinweisen nicht nachgegangen ist, sondern die Schuld bei den Opfern gesucht hat, wird im Nachhinein nur

als Ermittlungsspanne bezeichnet und nicht als Rassismus. Man kann sich aber vorstellen, wie unerträglich es für die Angehörigen gewesen sein muss, gleichzeitig den Verlust des Menschen und die vermeintliche Aufklärung durch die Unterstellung einer kriminellen Vergangenheit desselben zu verkraften. In diesen Fällen hat Rassismus den Blick von Presse und Polizei bestimmt. Das erleben unsere Klient_innen auch. Diese Vorgehensweise ist für uns normal. Unsere Klient_innen sind durch diese Ermittlungen nicht verunsicherter als vorher, weil einige diese Erfahrungen selbst gemacht haben, wenn auch auf einer anderen Skala. Sie waren dann diejenigen, die die Polizei angerufen und auf die Polizei gewartet haben. Häufig waren sie erkennbar verletzt. Und trotzdem wurden ihnen Handschellen angelegt und sie wurden gefragt, was sie gemacht hätten, „irgendwas muss ja gewesen sein“. Ich hoffe, dass durch die aktuelle Debatte die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Berichterstatte_innen und der Beamt_innen vorangetrieben wird.



WOZU MONITORING?

Von Liz Fekete

Liz Fekete ist Geschäftsführerin des Institute of Race Relations (IRR) in London.



Wozu benötigen wir unabhängige Gruppen, die sich dem Monitoring rassistischer Angriffe widmen? Nach zehnjährigem Bestehen von ReachOut, während die grotesken Tatsachen über das Versagen der deutschen Polizei und der deutschen Geheimdienste angesichts des Mordes von mindestens elf Personen durch den *Nationalsozialistischen Untergrund* (NSU) allmählich ans Licht kommen, liegt die Antwort auf der Hand. Regierungen, die das Ausmaß extrem rechter Gewalt systematisch herunterspielen, haben keine gute Bilanz vorzuweisen, was den Schutz von Schwarzen und anderen Minderheiten vor rassistischen Angriffen angeht. Nur unabhängige Monitoring-Gruppen, die Druck von unten aufbauen, können sicherstellen, dass Polizei und Justiz *allen*, denen sie *angeblich* dienen, Rechenschaft ablegen, so dass es *nicht* allein die Mehrheitsbevölkerung ist, die in den Genuss von Demokratie und Sicherheit kommt.

Die Geschichte unabhängiger antirassistischer Monitoring-Gruppen

In den Nachkriegsjahren benötigte Europa dringend Arbeitskräfte. Länder wie Deutschland, Frankreich, Belgien und die Schweiz rekrutierten neue Gruppen von Einwanderer_innen. Dazu gehörten die Arbeitsmigrant_innen aus der Türkei, Marokko, Algerien und anderen Ländern, aber auch die indischen, pakistanischen und westindischen Arbeiter_innen, die sich in Großbritannien niederließen. Diese Menschen arbeiteten vor allem in der Produktion, im Bausektor, in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsgewerbe. Ihre Arbeitskraft leistete einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau nach dem Krieg, doch die Regierungen unternahmen wenig, um sie zu ermutigen, sich dauerhaft niederzulassen, oder Integration zu fördern. Auf dem Arbeitsmarkt grassierten Formen der Diskriminierung und in ihrem Alltagsleben

waren die Eingewanderten den Vorurteilen und der Gewalttätigkeit rassistischer und extremer rechter Bewegungen ausgesetzt. In Großbritannien, wo es kein „Gastarbeiter“-System gab, verfügten neue Eingewanderte aus den ehemaligen Kolonien über Staatsbürgerrechte. Da sie nicht im Schatten eines Ausländergesetzes existieren mussten, das in letzter Instanz mit Abschiebung droht, waren die Schwarzen Communities Großbritanniens besser in der Lage, ihre Bürgerrechte wahrzunehmen, sich gegen rassistische Angriffe zu verteidigen und Kampagnen gegen den polizeilichen Rassismus zu organisieren. Es überrascht daher nicht, dass die europaweit aufkeimende Bewegung unabhängiger antirassistischer Monitoring-Gruppen in Großbritannien ihren Anfang nahm. Dort bauten von der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung inspirierte Basisaktivist_innen in den 1970er und 1980er Jahren ein Netzwerk Community-zentrierter Monitoring-Gruppen auf. Die 1970er und 1980er Jahre waren auch eine Zeit der militanten Selbstverteidigung. Die neuen Community-zentrierten Monitoring-Netzwerke entsprachen einem realen Bedürfnis und reagierten auf eine Situation, in der der Staat seiner Schutzpflicht nicht nachkam. Sie waren die politische Stimme einer Schwarzen Community, deren Angehörige darauf bestanden, zu bleiben und zu kämpfen: „*Here to stay, here to fight!*“

Das britische Modell diente deutschen antirassistischen Gruppen zweifellos als Vorbild, als diese begannen, erste Beratungsdienste für Opfer rechter Gewalt aufzubauen. Bis zum Jahr 2000, als Alberto Adriano in Dessau ermordet wurde und zehn Personen, die meisten von ihnen Jüdinnen und Juden, bei einem Bombenanschlag in Düsseldorf verletzt wurden, sollten diese Gruppen zu einem festen Bestandteil der deutschen Gesellschaft werden. Der Staat hatte bis dahin nur Organisationen gefördert, die sich der Rehabilitierung der Täter_innen widmeten. Nun wurden erstmals kleine lokale Initiativen gegen Rechtsextremismus gefördert. Dazu gehörten auch Gruppen, die die Opfer

neonazistischer Hassverbrechen unterstützen und beraten. ReachOut ist dasjenige dieser Projekte, mit dem das *Institute of Race Relations* (IRR) am besten vertraut ist, da es sich beim Mitarbeiter von ReachOut, Biplab Basu und seiner verstorbenen Frau Anjali Gupta um langjährige Freund_innen und Kolleg_innen handelt. Dass ReachOut in professioneller und moralischer Hinsicht zur Messlatte für andere antirassistische Monitoring-Gruppen in Deutschland geworden ist, wurde 2010 deutlich, als sich die Gruppe (gemeinsam mit anderen wie *AkuBiZ*) weigerte, die neuen Bezuschussungskriterien der Bundesregierung zu akzeptieren. Diese hätten die Anerkennung staatlicher Terrorismedefinitionen und einen Treueeid auf die deutsche Verfassung beinhaltet. ReachOut gab zu verstehen, dass Unabhängigkeit und Integrität wichtiger sind als staatliche Fördermittel, und setzte damit das Grundprinzip durch, das alle genuine Community-zentrierten Monitoring-Projekte Europas eint.

Unabhängige Recherchen und das Beharren darauf, den Kampf ohne jeglichen staatlichen oder parteipolitischen Einfluss selbst zu definieren, spielten auch bei der Gründung des Osloer *Anti Racist Centre* durch die migrantischen Communities Norwegens in den späten 1970er Jahren eine Rolle. Die Notwendigkeit eines unabhängigen Monitorings wird jetzt in Norwegen allgemein anerkannt. Gruppen wie die *Organisation Against Public Discrimination* haben gewährleistet, dass weder die Ermordung des fünfzehnjährigen Benjamin Hermansen durch Neonazis im Jahr 2001 noch der im Polizeigewahrsam erfolgte Tod von Eugene Ejike Obiora im Jahr 2006 unhinterfragt blieben. Doch was wir seit 2000 in Europa erlebt haben ist präzedenzlos. Es trifft sich, dass 2000 auch das Jahr ist, in dem Deutschland sein erstes Programm zur Mobilisierung der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus vorbereitet hat. Im Laufe des letzten Jahrzehnts ist eine Vielzahl basisnaher und unabhängiger antirassistischer Monitoring-Gruppen und -bewegungen entstanden. Auch diesmal reagieren die Basisgruppen auf

ein akutes Bedürfnis. Denn Militarismus, Nationalismus, Patriotismus und die chauvinistischen und hasserfüllten Ideologien, die daraus hervorgehen, hinterlassen über den gesamten Kontinent hinweg tiefe Narben.

Die aktuelle Lage

Wir erleben heute ein Wiederaufleben alter Hassgefühle. Roma müssen insbesondere in Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei wieder als Sündenböcke für die Wirtschaftskrise herhalten. Angriffe auf Roma, ihre Siedlungen und Lebensweisen sind im Westen und Osten Europas erneut an der Tagesordnung. Ein weiterer Schandfleck für die politische Kultur Europas sind die anhaltenden Angriffe auf den „sichtbaren Islam“ und die Herausbildung muslimischer Feindbilder, wie sie vor dem Hintergrund der Kriege in Afghanistan und Irak erfolgt sind. Jeden Tag kommt es zu Angriffen auf Moscheen, Friedhöfe und Muslim_innen, vor allem auf muslimische Frauen, die den Schleier tragen. An erster Stelle ist hier an Marwa el Sherbini zu erinnern, die in einem Dresdener Gerichtssaal von einem Neonazi-Sympathisanten ermordet wurde.

Viele der neu gegründeten Basisorganisationen im Süden, Osten und Westen Europas arbeiten ähnlich wie ReachOut und pflegen denselben Ethos. Oft erhalten sie wenig oder keine Anerkennung. In vielen Ländern arbeiten sie auch ohne staatliche Fördermittel. Zu nennen sind beispielsweise *SOS Mitmensch* und *ZARA* in Wien (die einzige unabhängige Beratungsgruppe dieser Art in ganz Österreich), die *Never Again Association* in Polen und *In Iustitia* in der Tschechischen Republik. In Zypern gibt es *KISA*. Unglaublicherweise ist der Geschäftsführer dieser Gruppe, Doros Polycarpou, aktuell wegen „Ausschreitungen und Organisation einer illegalen Versammlung“ angeklagt. (Es handelt sich um eine haarsträubende Beschuldigung, in der sich die Voreingenommenheit der Regierung zeigt, denn die Klage geht auf einen Vorfall im Jahr 2010 zurück, bei dem ein mul-

tikulturelles Musikfestival in Lanarca von Ultranationalist_innen angegriffen wurde). Es gibt *SOS Racism*, das *Movement Against Intolerance* und die *Asociación Pro-Derechos Humanos de Andalucía* in Spanien, die *EveryOne Group* in Italien und das *Immigrant Council of Ireland*. Letzteres bemüht sich, gegen die weitverbreitete Praxis verbaler, körperlicher und psychologischer Angriffe auf Eingewanderte und insbesondere Schwarze anzugehen, die 2010 zur Ermordung des sechzehnjährigen Schülers Toyosi Shittabey in Dublin geführt hat. Außerdem gibt es das *Migrants Network for Equality* und das *Movement Graffiti* in Malta. Sie bewahren die Erinnerung an den sudanesischen Migranten Suleiman Ismail Abubaker, der starb, nachdem ihm der Türsteher eines Nachtclubs in Paceville 2009 einen Schlag gegen den Kopf versetzt hatte.

In den letzten Jahren sind zwei Organisationen besonders aktiv gewesen: das *Collectif contre l'islamophobie en France* (CCIF) und *People Against Racism*, eine Gruppe, die sich in Bulgarien und der Slowakei engagiert. Die Tätigkeit von *People Against Racism* beruhte in der Slowakei der späten 1970er Jahre auf ehrenamtlicher Arbeit, doch im Jahr 2000 hat sich die Gruppe formell als Nichtregierungsorganisation konstituiert. Der bulgarische Ableger von *People Against Racism* wurde 2010 gegründet. Anlass war der auf einer Trambahn in Sofia erfolgte Angriff einer Gruppe verummter und mit Eisenstangen bewaffneter Männer auf vier junge Asylrechtsaktivisten. In der Slowakei thematisiert *People Against Racism* durch eine Kampagne den Tod eines von der Polizei mit Tränengas angegriffenen Roma in Tornaľa im Mai 2010. Das CCIF hat angesichts eines Erstarkens des antimuslimischen Rassismus, das von offizieller Seite durchaus gebilligt wird, seine Standhaftigkeit bewiesen. Während das CCIF von seiner eigenen republikanischen Regierung ignoriert wird, ist es von den Vereinten Nationen offiziell als Monitoring-Organisation anerkannt worden. Die Gruppe dokumentiert unermüdlich antimuslimische Vorfälle; außer-

dem bietet sie Opfern einen Beratungsdienst und juristischen Rat.

Gäbe es all diese Initiativen nicht, dann wären die größeren Nichtregierungsorganisationen und Recherche-Gruppen wie *Amnesty International*, *Human Rights Watch* und das *European Roma Rights Centre* nicht in der Lage, ihre weithin beachteten Berichte und Untersuchungen zu erarbeiten. Das gilt auch für koordinierende Netzwerke wie das *European Network Against Racism*, quasi internationale Institutionen wie das *OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights* und EU-geförderte Agenturen wie die *European Union Agency for Fundamental Rights*. Diese gesamteuropäischen und internationalen Organisationen sind auch auf die tägliche Berichterstattung und die Recherchen antirassistischer Zeitungen und Websites angewiesen. Dazu zählt auch der unabhängige antirassistische Nachrichtendienst des IRR, der eine unerlässliche Quelle von Informationen über den Rassismus nicht nur in Großbritannien, sondern auch im übrigen Europa darstellt.

Neue Herausforderungen

Nun müssen wir jedoch feststellen, dass die grundlegende Arbeit all dieser Gruppen und Initiativen bedroht ist. Die Bedrohung geht nicht nur von unverantwortlichen Politiker_innen aus, deren gefährliche anti-multikulturelle Rhetorik einmal aufs Neue dazu führt, dass Fragen des Rassismus in ihrer Bedeutung verkannt werden, sondern auch von einem erstarkten terroristischen Untergrund neonazistischer und extrem rechter Provenienz, der sich ausbreitet. Der europaweite Angriff von Mitte-Rechts-Parteien auf die „Multikulti“-Gesellschaft hat die Entschlossenheit jener rechter Organisationen gestärkt, die Eingewanderte für eine „fünfte Kolonne“ und die multikulturelle Gesellschaft für eine „gesellschaftliche Eiterbeule“ halten. Sie bezeichnen sich als „freie Jugend“, „Kameradschaften“ oder als pro-identitär, als „Widerstand“ oder als „autonome Nationalisten“. Diese Netzwerke vertreten die Anti-Antifa-Posi-



tion, dass die „Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft“ zur „systematischen Zersetzung kultureller Identität“ und sogar „ganzer Völker“ geführt habe, sodass es sich beim Multikulturalismus um „eines der schlimmsten Verbrechen“ handle, die jemals gegen die Menschheit verübt worden seien. Indem sie den „Doktrinen“ der „Toleranz“ und des „Liberalismus“ den Krieg erklären und die „multi-ethnische Gesellschaft“ als „tickende Zeitbombe“ beschreiben, hängen diese gewalttätigen Netzwerke und Verschwörer_innen – ganz wie Anders Behring Breivik in Oslo und Gianluca Casseri in Florenz – der Vorstellung an, dass diejenigen, die Eingewanderte, Roma oder Muslim_innen unterstützen, ihr Land verraten. Und wir, die antirassistische Bewegung, die vom Staat als Vertreterin eines kulturellen Relativismus (sprich: des Multikulturalismus) verspottet wird, sind diejenigen, die als unpatriotisch verteufelt werden. Unsere Namen werden gesammelt und unsere Aktivitäten überwacht, von Gruppen wie dem *Nationalsozialistischen Untergrund*, *Redwatch*, *Stormfront*, *Blood and Honour* usw.

Zu dem Zeitpunkt, zu dem ich schreibe, hat die italienische Staatsanwaltschaft eine Untersuchung der internationalen neonazistischen Website *Stormfront* eingeleitet, die von dem Amerikaner Don Black, einem ehemaligen Anführer des Ku Klux Klan, gegründet worden ist und von Florida aus betrieben wird. *Stormfront* hatte eine schwarze Liste „italienischer Krimineller“ online gestellt, d. h. eine Liste von antirassistischen Organisationen und muslimischen und jüdischen Führungspersonen, sowie von Politiker_innen, Richter_innen, Anwält_innen, Journalist_innen, Akademiker_innen und Geistlichen, die sich „um Einwanderer kümmern“. Die Veröffentlichung dieser Namen erfolgte, nachdem ein unter dem Namen Costantino schreibendes Mitglied eines Online-Forums folgende Sätze ins Internet stellte: „Man beschuldigt uns des Rassismus gegen Einwanderer und sagt, wir würden sie grundlos hassen. Doch auch Italiener begehen Verbrechen. Ich möchte beweisen, dass ich Ausländer

nicht hasse, sondern dass ich manche Italiener viel mehr hasse. Deswegen möchte ich diese Debatte eröffnen und die Namen von Italienern sammeln, die Verbrechen begehen, die Einwanderern helfen und davon profitieren.“

Im nationalsozialistischen Deutschland bestand das Vorspiel zur Vernichtung in den Bemühungen der Nazis, eine Unterscheidung zu treffen zwischen denen, die der nationalen Gemeinschaft angehören und denen, die das nicht tun – etwa durch die Nürnberger Gesetze. Am Ende des Jahres 2011 können wir beobachten, dass politische Parteien mittels einer Debatte über nationale Werte und nationale Identität wieder auf nationalistische Formeln zurückkommen. Dabei werden all diejenigen, die sich nicht dem herrschenden Narrativ über Grundwerte anschließen, als unpatriotisch oder sogar als subversiv behandelt. Durch ihre täglichen Bemühungen, den Opfern rassistischer Angriffe zu helfen, Fälle von Rassismus aufzugreifen und die Polizei zum Handeln zu zwingen, klären antirassistische Gruppen und Organisationen, die Opfer des Rassismus unterstützen, den Mainstream über die Gefahren auf, die das Zurückfallen auf nationalistische Diskurse birgt – auf Diskurse, die letztlich jedes sichtbare Zeichen von Differenz als Bedrohung definieren. Jetzt, da sich die deutsche Regierung gezwungen sieht, zuzugeben, dass die Terrorkampagne des NSU mehr als elf Opfer gefordert haben könnte, erinnern wir uns an die Namen Hoyerswerda, Solingen, Lübeck und Ludwigshafen. Gäbe es keine antirassistischen Organisationen in Deutschland, wer würde sich dann noch an diese früheren Verbrechen erinnern? Die Bedeutung des unabhängigen Monitorings liegt aber nicht nur in den täglichen Aktivitäten dieser Gruppen. Sie sind vielmehr auch die Träger einer ganzen Geschichte des Rassismus und des Widerstands. Das zehnjährige Bestehen von ReachOut ist ein Anlass, Glückwünsche auszusprechen. Doch auch die nächsten zehn Jahre werden entscheidend sein.

Die Bildungsangebote von ReachOut

Unsere Zielgruppen

Die Seminar- und Weiterbildungsangebote richten sich an Pädagog_innen, Multiplikator_innen, Student_innen, Schüler_innen und andere Interessierte.

Unsere Themen – eine Auswahl

Wir entwickeln bedarfsgerechte, zielgruppenspezifische Angebote auf Anfrage.

Vorurteilsfreie Kommunikation

Was sind Stereotype und Vorurteile? Woher haben wir sie? Was bezwecken wir mit ihnen? Was sind die Folgen? Welche Reaktions- und Handlungsmöglichkeiten haben wir?

Antirassismustraining

Was ist Rassismus? Was ist Diskriminierung? Welche Erscheinungsformen gibt es? Was sind die Folgen? Welche Vorurteile, Ausgrenzungserfahrungen etc. haben wir selbst? Welche Reaktions- und Handlungsmöglichkeiten gibt es für uns?

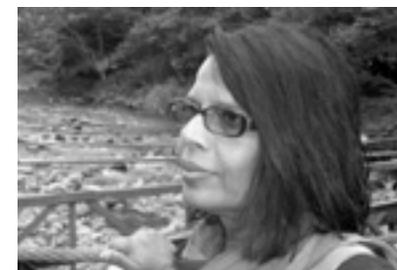
Empowerment Training

Die Ressourcenaktivierung und -stärkung der Teilnehmer_innen wird unterstützt. Dabei werden konkrete Handlungsmöglichkeiten von Individuen und Gruppen herausgearbeitet.

„WIR MÜSSEN DIE STRUKTUREN VERÄNDERN“

Interview mit Sanchita Basu

Sanchita Basu ist Mitarbeiterin von ReachOut. Jana Proschek führte das Interview.



Wann und wie hast du mit antirassistischer Bildungsarbeit begonnen?

Anfang der achtziger Jahre haben wir im Rahmen der Studierendenstreiks damit begonnen, Workshops zum Thema Antirassismus durchzuführen. Damals organisierten wir an der Uni am

Fachbereich Erziehungswissenschaften Seminare zum Thema Rassismus, Feminismus und Sexismus.

Was war damals deine Motivation, diese Seminare zu organisieren?



Wir waren damals nicht viele ausländische Studierende und uns ist immer stärker aufgefallen, wie rassistisch und sexistisch die Strukturen an der Uni waren. Wir wollten uns nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch mit diesen Themen auseinander setzen und haben deswegen Seminare und Workshops angeboten.

Wie waren die Reaktionen auf euer Angebot?

Wir haben die Seminare am Fachbereich Erziehungswissenschaften beantragt und das irgendwie durchsetzen können. Dann mussten wir regelmäßig Begründungen schreiben, was Rassismus mit den Erziehungswissenschaften zu tun hat. Das hat mich letztendlich noch mehr motiviert, damit weiter zu machen.

Und wie ist es dann weiter gegangen?

Fünf Semester lang haben wir diese Seminare durchgeführt. Dann haben wir uns überlegt, dass wir auch an Schule gehen sollten. Wir haben zunächst Lehrer_innenfortbildungen entwickelt. Dieses Angebot wurde auch gut angenommen. Gleichzeitig haben wir schnell gemerkt, dass es nicht so einfach ist, mit Lehrer_innen zu arbeiten, weil sie häufig nur wenig Bereitschaft zeigten, die Perspektive zu wechseln und Lernende zu sein.

Wann hast du angefangen mit Schüler_innen zu arbeiten?

Während wir die ersten Lehrer_innenfortbildungen durchführten, stellten wir fest, dass es auch wichtig ist, mit den Schüler_innen zu arbeiten, um ihnen Alternativen zu den dominanten Denkweisen aufzuzeigen. Ich war damals in einer Arbeitsgruppe zum Thema Rechtsextremismus in Brandenburg und wir haben gemeinsam ein Konzept speziell für Schüler_innen geschrieben. Von da an habe ich mehr mit den Kindern und weniger mit den Lehrer_innen gearbeitet.

Was ist dein Ziel, wenn du solche Workshops durchführst?

Mein Ziel ist es, mit den Schüler_innen ihr Bewusstsein für die rassistischen Strukturen an Schulen und in der Gesellschaft zu schärfen. Ich möchte ihnen Denkanstöße geben und sie dafür sensibilisieren, welche Auswirkungen rassistische Gewalt auf Menschen hat.

Wie hat sich die Arbeit seit den Anfängen bis heute verändert?

Manchmal finde ich es relativ traurig, dass sich kaum etwas verändert hat. Das wird besonders deutlich, wenn ich einen Workshop zum Thema Vorurteile durchführe und feststellen muss, dass die Teilnehmenden genauso argumentieren wie vor 20 Jahren. Manche Vorurteile haben mittlerweile einen anderen Namen bekommen, aber existieren trotzdem weiter. Gleichzeitig gibt es natürlich auch Menschen, die viel wissen und sich ihrer Vorurteile bewusst sind.

Wenn du sagst, die Begriffe haben sich geändert, sind auch neue Themenbereiche dazu gekommen?

Ja, zum Beispiel behandeln wir auch das Thema Homophobie in unseren Workshops. Das ist jedoch sogar in kleinen Gruppen sehr schwierig zu besprechen. Ich habe festgestellt, dass es besonders schwierig ist, mit Lehrer_innen über dieses Thema zu sprechen. Denn viele sind der Ansicht, Homophobie gäbe es vor allem in migrantischen Communities und dass Homophobie in Deutschland sonst nicht existieren würde. Deshalb wird das Thema von Lehrer_innen kaum besprochen.

Auch Schüler_innen fehlt häufig die Offenheit darüber zu sprechen. Zu Homophobie und Transphobie arbeite ich lieber mit Kolleg_innen zusammen, die ihre Arbeitsschwerpunkte in diesem Themenfeld gesetzt haben.

Was ist der Unterschied zwischen der Arbeit mit Kindern und mit Erwachsenen?

Kinder sind grundsätzlich sehr offen. Auch

wenn sie dazu neigen, Themen oder auch Methoden erst mal abzulehnen, kommen sie oft am nächsten Tag wieder und haben nachgedacht und mit ihren Eltern oder anderen Personen darüber gesprochen und ihre Meinung geändert. Ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass sie über die Workshops hinaus viel miteinander diskutieren. Erwachsene sind häufig der Ansicht, sie wissen sowieso schon alles und wollen sich deshalb nicht mit bestimmten Themen auseinander setzen. Dann wird die Zusammenarbeit schwierig. Aber ich bin mir sicher, dass auch bei ihnen, trotz ihrer ablehnenden Haltung, Lern- und Diskussionsprozesse wirken.

In wie weit lassen sich rassistische Strukturen an Schulen durch Bildungsarbeit verändern?

Zum einen hoffe ich, dass die Strukturen an den Schulen demokratischer werden. Das sind sie im Moment gar nicht. Zum anderen hoffe ich, dass sich die Lehrer_innen verändern und ihr Denken und Handeln reflektieren. Sie werden in unseren Workshops mit ihren Bildern und Vorurteilen konfrontiert und ich hoffe, dass sich diese so verändern. Und ich denke, in gewisser Weise – ob bewusst oder unbewusst – begeben sich alle Teilnehmer_innen in einen Auseinandersetzungsprozess.

Ich sehe es als Erfolg und positive Rückmeldung, wenn uns die gleichen Schulen oder Einrichtungen immer wieder einladen. Manchmal bin ich sehr erschöpft nach einem Workshop, weil ich den Eindruck habe, immer das Gleiche erzählen zu müssen. Aber an anderen Tagen sehe ich auch die Erfolge und wie wichtig das Empowerment für manche Menschen ist. Daraus schöpfe ich die Energie, weiter zu machen.

Wann und wie habt ihr ReachOut gegründet? War die Bildungsarbeit von Beginn an Teil des Projektes?

Im Jahr 2000 gab es ganz unterschiedliche Reaktionen auf die vermehrten Angriffe der

Neonazis. Die damalige Bundesregierung hat daraufhin das Programm CIVITAS entwickelt, um Opferberatungsprojekte und mobile Beratungsteams in den ostdeutschen Bundesländern und in Berlin zu finanzieren.

Meine Kollegin Sabine, die damals in der *Antirassistischen Initiative* aktiv war, und ich schrieben dann eine Analyse zur Situation in Berlin und erarbeiteten ein Konzept und einen Finanzierungsantrag für ein Opferberatungsprojekt hier in Berlin. Für uns war von Anfang an klar, dass wir auch präventiv arbeiten wollen und die Bildungsarbeit in unser Konzept aufnehmen werden. Zunächst wurde unser Antrag auch inklusive der Mittel für die Bildungsarbeit bewilligt, doch schon nach sechs Monaten bekamen wir deswegen Probleme mit dem zuständigen Ministerium. Plötzlich sollten wir doch keine Bildungsarbeit mehr leisten und die Mittel wurden gestrichen. Letztendlich haben wir dann eine Finanzierung aus Landesmitteln bekommen. Auf Senatsebene wurde die Kombination von Opferberatung und präventiver Arbeit für schlüssig und sinnvoll erachtet. Seitdem ist die Bildungsarbeit fester Bestandteil der Arbeit von ReachOut.

Wie ist die Bildungsarbeit jetzt bei ReachOut eingebettet?

Ich bin hauptsächlich zuständig für die Bildungsarbeit und bekomme die notwendige Unterstützung durch Praktikant_innen und Honorarkräfte. Obwohl die Bildungsarbeit ein relativ eigenständiger Arbeitsbereich innerhalb des Projektes ist, ergeben sich immer wieder unverzichtbare Synergieeffekte, indem beispielsweise Menschen zur Beratung kommen, die durch unsere Bildungsarbeit auf das Projekt aufmerksam geworden sind. Durch die Bildungsarbeit haben wir ein Netzwerk geschaffen, das für ReachOut eine wichtige Rolle spielt.

Haben sich die Verhältnisse an Berliner Schulen in den letzten zehn Jahren verändert?

Ja, die Verhältnisse haben sich sehr geändert. Denn es gibt praktisch in allen Schulen eine hohe Zahl von Kindern mit einem sogenannten Migrationshintergrund. Besonders in Grundschulen hat sich die Situation verändert und die Lehrer_innen müssen nun damit umgehen. Diese Veränderung hat viele positive Aspekte, aber natürlich auch negative. Viele Probleme werden nun auf die migrantischen Schüler_innen projiziert. Gewaltbereitschaft und Antisemitismus werden häufig als Probleme der muslimischen Kinder dargestellt. So werden diese Vorurteile immer stärker.

In den Medien kam vor kurzem das Thema „Deutschenfeindlichkeit“ auf. Würdest du sagen, es kann Rassismus gegen Deutsche geben?

Wenn man zur Definition des Rassismus immer auch die gegebenen gesellschaftlichen Machtstrukturen mitdenkt, wird klar, dass es keinen Rassismus gegen Deutsche geben kann. Es war auch bisher kein Thema an den Schulen, an denen ich gearbeitet habe und wurde in keinem unserer Workshops angesprochen. Ich denke, dass dieser Begriff als self defense kreiert wurde. Er wird als Legitimation benutzt, um eigenes Verhalten nicht in Frage stellen zu müssen.

Wie siehst du die Perspektiven für ReachOut?

Ich denke, die Beratungsarbeit wird auf jeden Fall wie bisher weitergehen. Für den Bildungsbereich braucht es mehr Kontinuität und die Möglichkeit, längerfristig mit den gleichen Einrichtungen und Teilnehmer_innen zu arbeiten. Eine Möglichkeit wäre es, Antidiskriminierungs-AGs an Schulen zu gründen. Vielleicht in einem kleineren Rahmen, mit weniger Schulen und weniger Projekten aber dafür über einen längeren Zeitraum. So wäre es auch leichter, die Erfolge zu sehen. Das ist nämlich häufig schwierig. Denn nach maximal drei Tagen Workshop in einer Schule lassen sich die Erfolge nur sehr begrenzt abschätzen.

Welche Arbeitsschwerpunkte siehst du für die kommenden Jahre?

Die Konflikte und die Kluft zwischen den sogenannten migrantischen Gruppen und den deutschen Gruppen wachsen zunehmend. Beide Seiten haben Vorurteile und handeln auch danach, nur, dass die eine Gruppe die gesellschaftliche Macht hat und die andere nicht. Wir müssen diese Strukturen verändern. Lehrer_innen und Schüler_innen müssen die Funktionen von Vorurteilen und ihre Auswirkungen begreifen, um die eigenen Denkweisen zu hinterfragen und zu dekonstruieren. Das ist sicher nicht einfach, doch das sehe ich als Schwerpunkt für die nächsten Jahre.

Welche Herausforderungen siehst du für die kommenden Jahre?

Eine Herausforderung ist der zunehmende antimuslimische Rassismus und die Vorurteile gegenüber Muslim_innen.

Welche Forderung hast du an die Politik, bezüglich ReachOut und im Hinblick auf deine Arbeit?

Meine Forderung an die Schulen ist, dass die Strukturen demokratischer gestaltet werden müssen und die Schüler_innen mehr Mitspracherecht bekommen. Sie sollten zum Beispiel Projekttag mitgestalten können und die Möglichkeit haben, sich mit Themen auseinander zu setzen, die sie interessieren. Wir können auch von anderen europäischen Schulen lernen, wie sich die Struktur verändern lässt. Ein weiterer Punkt ist, dass sich die Lehrer_innen-ausbildung von Grund auf verändern und an die heutigen Verhältnisse angepasst werden muss. Wenn sich die Rahmenbedingungen verändern würden, würde das unsere Arbeit sehr erleichtern. Ich mache die Arbeit sehr gerne, dennoch bin ich oft frustriert, weil ich merke, wie wenig Einfluss ich von außen habe. Ich denke, die Schulen sollten viel mehr externe Fachberater_innen und Mitarbeiter_innen beschäftigen, die kontinuierlich in den Schulen arbeiten können.

Glaubst du, dass du dich mit deiner Arbeit irgendwann selbst überflüssig machst?

Das hoffe ich immer, habe aber gleichzeitig den Eindruck, dass das in diesem Land nicht so sein wird. Ich habe nicht die Befürchtung, dass ich jemals arbeitslos werde.



SOCIAL JUSTICE UND DIVERSITY TRAINING

Eine Einführung zu den Spezifika, der ethischen und politischen Haltung und Praxisanwendungen des Trainings

Von Leah Carola Czollek, Gudrun Perko und Heike Weinbach

Leah Carola Czollek ist Gastdozentin und stellvertretende Frauenbeauftragte an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin (www.czolek-consult.de). Gudrun Perko ist Gastprofessorin zu Gender und Diversity an der FH Potsdam (www.perko-profundis.de) und Heike Weinbach ist Professorin an der Hochschule Neubrandenburg (www.philopraxis-mediation.de). Nähere Infos zudem unter www.social-justice.eu.

Einige persönliche Worte vorab: Als ich vor etwa 14 Jahren begann, meine ersten Schritte auf das Parkett der Bildungsarbeit zu setzen, lernte ich Sanchita Basu in gemeinsamer Arbeit kennen. Wir führten gemeinsame Seminare durch und in diesen meinen „Lehrjahren“ war Sanchita Basu eine meiner „Lehrmeisterinnen“. Sie war freimütig in ihrer Solidarität in schwierigen Arbeitssituationen und im Austausch von Ideen. Ungefähr zu der Zeit, als ReachOut von ihr mitbegründet wurde, begann ich gemeinsam mit Gudrun Perko und Heike Weinbach das Social Justice Training zu entwickeln. Deshalb freue ich mich ganz besonders und bedanke mich für die Möglichkeit, dieses Training hier gemeinsam mit meinen Kolleginnen vorstellen zu dürfen!¹
(Leah Carola Czollek)

Social Justice und Diversity werden als Trainingskonzept im deutschsprachigen Raum im Bildungsbereich für Jugendliche und Erwachsene zunehmend bekannt. Angeregt durch das US-amerikanische Modell (der Trainingsansatz „Diversity and Social Justice Education“ wurde in den USA an der University of Massachusetts ausgearbeitet), konzipierten wir 2001 ein eigenes Social Justice und Diversity Training für den deutschsprachigen Raum. Dabei haben wir

eigene Übungen und historische Inputs kreiert, Theorien weitergedacht sowie eine spezifische Methode der dialogischen Gesprächsform für das Arbeiten und die ethisch-dialogische Haltung entwickelt und sowohl die Methode als auch die Theorie über die Erfahrungen der seit 2001 durchgeführten Trainings im Austausch miteinander und mit Anderen beständig reflektiert und modifiziert. Es bedurfte eines langen Prozesses, um Social Justice und Diversity Trai-

nings in verschiedenen Jugend- und Erwachsenenbildungsbereichen durchzuführen und zudem auch ein Konzept zu entwickeln, mit dem wir seit 2006 Trainer_innen ausbilden. Die bislang dazu Ausgebildeten des auch wissenschaftlich evaluierten Trainings fungieren als Multiplikator_innen des Trainingsansatzes und führen seit einiger Zeit selbst Trainings in verschiedenen Praxisfeldern durch.

Bedeutung der Begriffe: Social Justice und Diversity

Social Justice ist als Begriff aus den USA kommend nicht einfach ins Deutsche zu übersetzen. Deshalb wird der Terminus Social Justice als partizipative Anerkennungsgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit mit seiner spezifischen Intention beibehalten. Verkürzt dargestellt, bedeutet Verteilungsgerechtigkeit, die Ressourcen in einer Gesellschaft so zu verteilen, dass alle Menschen partizipieren und physisch wie psychisch in Sicherheit und Wohlbefinden leben können. Anerkennungsgerechtigkeit bedeutet die partizipative Anerkennung aller Menschen, so dass niemand strukturell, kulturell und individuell diskriminiert wird. Dabei werden Menschen als gesellschaftliche Akteur_innen aufgefasst, die für ihr eigenes Handeln als Individuen oder in einer Gruppe, sich selbst und der Gesellschaft gegenüber Verantwortung übernehmen.

Diversity bedeutet Vielfalt, Heterogenität, Unterschiedlichkeit und bezieht sich auf die partizipative Anerkennung der Diversitäten von Menschen: Geschlecht/Gender, sexuelle Orientierung, „Hautfarbe“, Alter, kulturelle Herkunft, zugeschriebene „Behinderung“, Klasse und vieles mehr gelten als Diversitykategorien bzw. Diversitydimensionen, aufgrund derer Menschen in positiver oder negativer Weise bestimmt werden, an gesellschaftlichen (ökonomischen, sozialen, kulturellen, institutionellen etc.) Ressourcen teilnehmen können oder ausgegrenzt sind.

Das Social Justice und Diversity Training wird als Antidiskriminierungstraining verstanden. Um das Besondere dieses Ansatzes zu veranschaulichen, geben wir im Folgenden einen Überblick über die Spezifika.

Spezifische Theoriebezüge

In vielen Trainings in Erwachsenenbildungsbereichen spielen Theoriebezüge keine große Rolle. Im Social Justice und Diversity Training wird explizit auf unterschiedliche Theorierichtungen Bezug genommen: auf Social Justice-Theorien (u.a. von Iris Marion Young oder Nancy Fraser), die aus unterschiedlichen Perspektiven und verschiedenen Fokussierungen Macht und Herrschaft und deren reale Folgen für das Leben von Menschen thematisieren und Anerkennungs- sowie Verteilungsgerechtigkeit ins Zentrum stellen. Bezugnahmen finden sich auch auf Pluralitäts- und Handlungstheorien wie z. B. von Hannah Arendt und Cornelius Castoriadis, denen es um die Anerkennung von Pluralität von Menschen und um die Möglichkeit von Veränderung bestehender Verhältnisse geht. Ebenso rekurriert das Training auf Dekonstruktionsansätze (etwa Jacques Derrida und Judith Butler), die konstruierte, also gesellschaftlich hergestellte Bedeutungen zu dekonstruieren intendieren. Bei diesen Bezugnahmen arbeiten wir an vorhandenen Theorien weiter, bilden aber auch selbst Theorien, die wir in das Training einbeziehen (z. B. Radical Diversity als politisiertes Konzept und Queer Theory als pluraler Ansatz). Sich auf Theorien zu beziehen meint für das Social Justice und Diversity Training nicht, einzelne Theorien „heilig“ zu sprechen. Vielmehr werden Theorien immer auch als kritisierbar, veränderbar und weiter entwickelbar aufgefasst.

Strukturelle Diskriminierung als Ineinandergreifen von Diskriminierung auf individueller, institutioneller und kultureller Ebene

Im Social Justice und Diversity Training sollen Grundformen von Diskriminierung verstanden



und ein Grundverständnis von Diskriminierung erworben werden, eigene Zugehörigkeiten zu sozialen Gruppen und Stereotype reflektiert, eigene Verwobenheiten begriffen, und schließlich gelernt werden, den eigenen Lernprozess zu reflektieren. Ausgehend von Analysen werden Diskriminierungsformen (Antiziganismus, Antisemitismus, Rassismus, etc.) je einzeln und in ihren strukturellen Verwobenheiten (Intersektionalität), denen Menschen und Gruppen in der Bundesrepublik ausgesetzt sind, vertiefend behandelt. Dabei ist der Schwerpunkt auf strukturelle Diskriminierung gelegt: Strukturelle Diskriminierung wird als eigenständige Kategorie für die Analyse von Exklusion und gesellschaftliche Ausschlüsse ins Zentrum der Überlegungen gestellt. Dabei wird das Ineinandergreifen von Diskriminierung auf individueller, institutioneller und kultureller Ebene als strukturelle Diskriminierung bezeichnet. Insofern gilt es, immer ein Augenmerk auf die gesellschaftliche Realität zu legen, um jene Diskriminierungsformen aufzugreifen zu können, die sich als neue Phänomene in der Gesellschaft etablieren.

Diskriminierungsformen: (Selbst)Reflexion und Ausloten von Handlungsoptionen

Ausgehend von einem Grundmodul geht es im Training *zurzeit* um folgende Diskriminierungsformen: Ableism, Altersdiskriminierung, Antisemitismus (und Antijudaismus), Antiziganismus, Klassismus, Lookism, Ost/West (DDR/BRD), Rassismus und Gender (Sexismus/Heterosexismus).

Die Beschäftigung und Vertiefung mit struktureller Diskriminierung erfolgt im Social Justice und Diversity Training in Form von Modulen. Zu allen Modulen werden spezielle Übungen durchgeführt, theoretische und historische Inputs gegeben. Diese Module werden immer weiter entwickelt und ausgearbeitet. Dabei werden Diskriminierungsformen je einzeln und in ihrer Intersektionalität auf individueller, institutioneller und kultureller Ebene, also in

ihrem Ineinandergreifen als strukturelle Diskriminierung reflektiert.

Gleichzeitig ist es im Social Justice und Diversity Training zentral, die vielfältigen Möglichkeiten von Handlungsoptionen gegen Diskriminierungen aufzuzeigen und zu entwickeln, wodurch die Teilnehmenden je für sich Ideen entwickeln, wo und wie sie zugunsten von Social Justice und Diversity handeln möchten bzw. können. Dabei können sich Vorstellungen eröffnen, *wofür* wir handeln wollen. Hierbei geht es auch um die Frage des Verbündet-Seins, d.h. wahr- und ernst zu nehmen, dass die Anliegen anderer Menschen auch unsere Anliegen sind (kein identitäres „Wir“ als Handlungsbedingung).

Intersektionaler Ansatz: individuelle, institutionelle, kulturelle Ebene

Im Zentrum des Social Justice und Diversity Trainings steht der intersektionale Ansatz. Der Begriff „intersectionality“ (Intersektionalität) bzw. „intersectional oppression“ (sich überschneidende Unterdrückung) hat seine politischen und wissenschaftlichen Ursprünge im U.S.-amerikanischen „Black Feminism“. Das bedeutet, Diskriminierungen je eigens *und* als ineinander Verwobene zu begreifen – und zwar immer als strukturelle Diskriminierung. Dabei werden Diskriminierungsformen nicht bewertend hierarchisiert. Vielmehr geht es darum, strukturelle Bedingungen zu erkennen, die allen Diskriminierungsformen zugrunde liegen. Dieser Ansatz bedeutet u.a.

- unterschiedliche Unterdrückungs- und Diskriminierungsformen als strukturelle Machtverhältnisse zusammen und miteinander verwoben zu denken,
- individuelle, institutionelle und kulturelle Mechanismen und Handlungen mit dem bewussten und unbewussten Ziel, Menschen herabzusetzen, abzuwerten und auszuschließen, zusammen zu denken,
- das Ineinandergreifen von individueller,

institutioneller und kultureller Ebene von Diskriminierung aufzugreifen,

- die Thematisierung der Komplexität von Diskriminierung und die Konsequenz, jede Form der Diskriminierung in horizontalen und vertikalen Verbindungen untereinander zu betrachten,
- Überschneidungen zu verdeutlichen, wenn Personen von mehreren Diskriminierungsformen betroffen sind und diese sich aneinander anschließen und
- die Möglichkeit zu thematisieren, dass Menschen Ausgrenzungserfahrungen erleben und gleichzeitig selbst Diskriminierungsmechanismen haben, mit denen sie sich selbst an Ausgrenzung beteiligen.

Methode: Mahloquet als ethisch-dialogische Haltung und als dialogische Gesprächsform

Im Social Justice und Diversity Training wird eine Trennung zwischen Methode und Didaktik getroffen. Für das Training haben wir eine eigene Methode entwickelt: die Mahloquet. Diese wurde aus der jüdischen Tradition der Interpretation herangezogen und für das Training modifiziert. Die Mahloquet gilt als dialogische Gesprächsform, die im Training angewendet wird, und zugleich als ethisch-dialogische Haltung, die dem Training zugrunde liegt. Sie ermöglicht eine dialogische Auseinandersetzung mit struktureller Diskriminierung, mehrere Perspektiven zu reflektieren und damit Abstand zu nehmen von einem Denken, dass die eigene Meinung die einzig Richtige sei. Beides „verlangsamt“ bewusst, um so Denkräume zu eröffnen, in denen Prozesse der Auseinandersetzung im Reflektieren ermöglicht werden. Im Training basieren Übungen und Inputs mit spezifischen didaktischen Orientierungen sowie insgesamt der Umgang mit Teilnehmenden und Trainer_innen untereinander auf der Mahloquet. Sie selbst ist keine Übung, sondern kann im Verlauf des Trainings vermittelt und geübt werden.

Die Offenheit dieser Gesprächsform setzt gleichzeitig normative Grenzen: So geht es u.a. nicht darum, dass wir „alles sagen können“, sondern dass wir im Social Justice und Diversity Training ein reflektiertes Sprechen dahingehend vertiefen und üben, dass in Sprechpausen, die Denkräume eröffnen sollen, eigene Vorurteile, Stereotype etc. überlegt werden können, um nicht-diskriminierendes Sprechen und Umgehen miteinander zu ermöglichen. Der Dialog als Gesprächsform bedeutet in Verbindung mit der ethisch-dialogischen Haltung weit mehr als eine spezifische Form des Gespräches. Denn der gemeinsame Dialog führt zur Möglichkeit des dialogischen Denkens, d.h. eines Denkens, in dem es für Teilnehmende möglich wird, die Themenbereiche des Social Justice und Diversity Trainings jeweils aus mehreren Perspektiven betrachten zu können. So können sich festgezurrte Meinungen über das Zuhören und Fragen sowie über die Auseinandersetzung mit Anderen verändern, können gesellschaftliche Kontexte und strukturelle Bedingungen einbezogen werden, kann die Verwobenheit von Stereotypen in die jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen gesehen und verstanden werden. Damit korrespondiert diese ethisch-dialogische Haltung mit einer politischen Haltung, die sich gegen jede Form von struktureller Diskriminierung und zugunsten der partizipativen Anerkennung und Verteilungsgerechtigkeit für alle Menschen richtet.

Spezifische Übungen: sektionale und intersektionale Übungen

In jedem Modul des Social Justice und Diversity Trainings werden eigens entwickelte Übungen durchgeführt (Stereotypenarbeit, Biographiearbeit, Dekonstruktionsarbeit, Übungen zu Handlungsoptionen u.v.m.). Die Übungen werden sowohl in Bezug auf die je einzelnen Diskriminierungsformen als auch hinsichtlich ihrer intersektionalen Verbindung ausgeführt. Sie sind in erster Linie kognitiv-dialogisch, wobei „kognitiv“ sehr weit und „dialogisch“ nicht nur als Sprache und Sprechen aufgefasst wird.

Einbezug historischer und ideengeschichtlicher Kontexte

In jedem Themenschwerpunkt des Social Justice und Diversity Trainings verdeutlichen historische Inputs durch die Trainer_innen (oder durch die Teilnehmenden) die tiefe gesellschaftliche Verankerung der einzelnen Diskriminierungsformen und ihre Verwobenheiten. Sie zeigen die Produktion von Stereotypen und Vorurteilen im historischen Kontext, ihre Veränderungen, Re/Produktionen und Verfestigungen auf. Untermauert werden diese oftmals durch Dokumentationsfilme. Die eigens gearbeiteten historischen und ideengeschichtlichen Kontexte (z. B. von Antisemitismus, Klassismus, Antiziganismus etc.) werden in Form von Inputs referiert und mit den Teilnehmenden diskutiert, oder in Form von Übungen und mit zur Verfügung gestellten Materialien auch von den Teilnehmenden selbst erarbeitet.

(Inter/Trans)Kulturelle Kontexte des Trainingsansatzes: Theorie und Praxis

Die Hintergründe des Social Justice und Diversity Trainings sind sowohl in ihren Theoriebezügen als auch in seinen Bezügen zur Praxis inter- bzw. transkulturell. So ist Social Justice in den USA, Großbritannien und anderen angelsächsischen Ländern aus sozialen Bewegungen heraus entstanden und dort eng mit u.a. Gewerkschafts-, Bürger_innenrechtsbewegungen und Antirassismusbewegungen verknüpft. Die Theorien des Social Justice haben zwar territorial gesehen oftmals ihre Ursprünge in den USA, werden aber getragen von Menschen, die aus vielen verschiedenen Ländern dorthin nicht zuletzt als Flucht vor den Nationalsozialist_innen aus Europa emigrierten und deren Denkt raditionen oftmals aus der jüdischen Tradition kommen. Durch Vertreibung und drohende Vernichtung ins Exil gezwungen, haben viele Denker_innen ihre Methoden in den USA oder anderen Ländern weiterentwickelt und praktiziert. Ihre Methoden sind erst in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland verbreitet

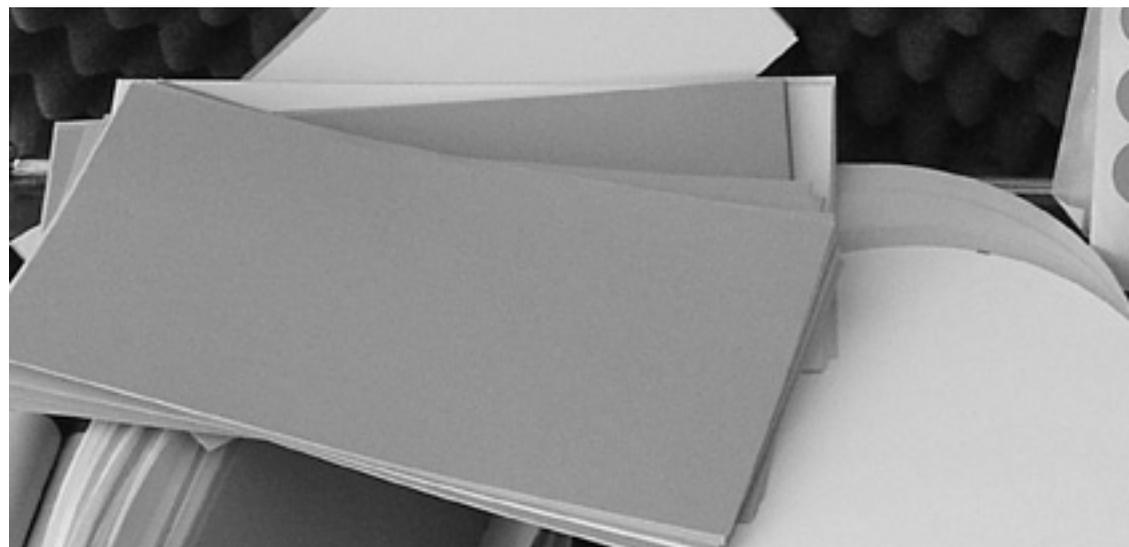
worden. Es geht also bei einem Social Justice und Diversity Training in der Bundesrepublik Deutschland auch darum, solche Zusammenhänge zu reflektieren.

Praxisanwendungen

Social Justice und Diversity Trainings gewinnen im deutschsprachigen Raum immer mehr an Bedeutung. Neben den Train-the-Trainer Ausbildungen, die wir seit 2006 durchführen, wird dieses Training in verschiedenen Praxisfeldern durchgeführt: in sozialen Projekten (Kinder, Jugendliche, Erwachsene), im Jugend- und Erwachsenenbildungsbereich, im politischen Bildungsbereich, in Krankenhäusern und Pflege-

einrichtungen sowie im ökonomischen Bereich. Zunehmend werden positive Rückmeldungen an das *Institut Social Justice und Diversity* übermittelt, die die Verwendung von Elementen des Social Justice und Diversity Trainingsansatzes hervorheben: in der Lehre an Schulen, Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten, an Schnittstellen des Job Centers, Projektmanagement, in Beratungen u.v.m.^[2].

Es gibt für das Social Justice und Diversity Training nicht per se Bereiche, in denen es nicht durchgeführt werden kann. Selbstredend muss es gegebenenfalls modifiziert und in der jeweiligen Praxis erprobt werden.



[1] Der Beitrag ist eine gekürzte und veränderte Fassung eines Beitrags, der zuerst erschien in: Alice-Salomon-Fachhochschule-Frauenrat 2012 (Hg.): *Quer. Lesen denken schreiben*. Berlin. Diese Ausgabe entstand in Kooperation mit der zentralen Gleichstellungsbeauftragten der FH Potsdam. In der detaillierten Fassung finden sich ausführliche Literatur- und Quellenverweise.

[2] Hier möchten wir auf ein evaluiertes Training hinweisen, in dem ein Antirassismus Training mit Elementen von Social Justice mit Jugendlichen durchgeführt wur-

de. Im Projekt „Antirassismusarbeit für Jugendliche mit Elementen des Social Justice-Trainings“ (Projektträger: *Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V.* (IDA); Durchführung: Planerladen e.V., Trainer_innen: Darius Sobhan-Sarbandi, Ali Sirin, Brigitte Schwenger, Suat Yilmaz) wurden 21 Trainings in Dortmund und Hamburg für Jugendliche (Alter zwischen 16 und 22 Jahren; Gesamtanzahl der Teilnehmenden: 162) im Zeitraum vom 9. Februar 2009 bis 19. September 2009 à einen Tag durchgeführt. Sie wurden von Gudrun Perko evaluiert.

ANDI AUF DEM VORMARSCH?

Die Bildungsarbeit des Verfassungsschutzes in Zeiten des „Extremismus“ Vom Arbeitskreis Extremismusbegriff



Foto: www.andi.nrw.de

Der Arbeitskreis Extremismusbegriff ist ein Zusammenschluss von Politikwissenschaftler_innen, die sich kritisch mit dem Begriff des politischen Extremismus auseinandersetzen. Schwerpunkt des Arbeitskreises ist die Bildungsarbeit des Verfassungsschutzes, insbesondere die Andi-Comics. (arbeitskreis.extremismusbegriff@googlemail.com)

Spätestens seit dem Erscheinen des ersten Andi-Comics im Jahr 2005 hat sich der Verfassungsschutz (VS) über seinen ursprünglichen Auftrag hinaus auch der Bildungsarbeit verschrieben. Abgesehen davon, dass sich der VS dafür juristisch in einer Grauzone bewegt, ist besonders zu kritisieren, dass er in seiner Bildungsarbeit die Extremismustheorie reproduziert. So sollen schon die Kleinen lernen, was ein verfassungskonformes Spektrum ist und inwiefern die sich daraus ergebenden extremistischen Ränder sich gleichen. Besonders deutlich wird die Intention des VS anhand eines Vergleichs des ersten und dritten Andi-Comics.

Die Extremismustheorie nach Backes und Jesse

Die Extremismustheorie nach Uwe Backes und Eckhard Jesse konstruiert eine „gute, demokratische Mitte“, die den demokratischen Verfassungsstaat auf Grundlage der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) reprä-

sentiert. Zu der Mitte wird ein „links“- bzw. „rechtsextremistischer“ Rand entworfen, der diesen demokratischen Verfassungsstaat ablehnt. Das Konstrukt der demokratischen Mitte ist auf diesen Extremismusbegriff angewiesen, um sich in Abgrenzung dazu produzieren zu können. Die Extremismustheorie bemüht das sogenannte Hufeisenmodell, um die politischen Spektren grafisch darzustellen. Die demokratische Mitte wird von einem linken und rechten Rand eingegrenzt. Die extremistischen Ränder sind am weitesten von der demokratischen Mitte entfernt und nähern sich außerhalb dieses verfassungskonformen Spektrums an. Die Reduzierung auf die Ablehnung der demokratischen Mitte und damit der fdGO spart eine inhaltliche Auseinandersetzung aus. Auf diese Weise erfolgt de facto eine Gleichsetzung von links und rechts. Dies führt zu einer Kriminalisierung von Linken und einer Verharmlosung der Gefahr, die von der extremen Rechten ausgeht.

Mit Hilfe der Extremismustheorie wird ein gesamtgesellschaftliches Phänomen an eine kleine Randgruppe delegiert und extrem rechte und antidemokratische Einstellungen in der gesamten Bevölkerung geleugnet. Insgesamt kann die Extremismustheorie als ideologisches Instrument zur Immunsierung des demokratischen Verfassungsstaates gegen Kritik verstanden werden.

Der Verfassungsschutz und die Extremismustheorie

Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe, die fdGO des Grundgesetzes zu schützen, bevor es zu konkreten Angriffen auf sie kommt. Seine Aufgaben sind im §3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes mit der Formulierung „Samm- lung und Auswertung von Informationen“ fest- geschrieben. Diese Informationen sollen auch der Aufklärung der Öffentlichkeit dienen. Aus- wertung versteht das Bundesamt dementspre- chend als Legitimation für die Publikation einer breiten Palette an Informationsangeboten, wie Borschüren und Ausstellungen. Auf Landesebe- ne gibt es ähnliche Formulierungen, die den Be- hörden eine Öffentlichkeitsarbeit zugestehen. Problematisch erscheint hier, dass es keine ge- setzlichen Regeln gibt, worüber genau berich- tet werden darf. Formulierungen wie „FdGO- feindlich“ oder „extremistisch“ sind zum einen sehr abstrakt, zum anderen auch keine Rechts- begriffe, sondern politische Werturteile.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit – der VS wehrt sich strikt gegen den Begriff Bildungsarbeit – wird deutlich, dass der VS sich sowohl bei der Auswahl der Themenfelder (Links- und Rechts- *extremismus*) als auch inhaltlich stark an der Extremismustheorie orientiert. Die Konstrukti- on einer demokratischen Mitte, die nicht the- matisiert und damit de facto von jeglichen pro- blematischen Tendenzen frei gesprochen und nur durch „extremistische Ränder“ bedroht wird, findet sich in fast jeder Publikation. Daher wundert es kaum, dass neben der inhaltlichen Nähe auch eine personelle Verknüpfung zwi-



schen Mitarbeiter_innen der VS-Behörden und den führenden Köpfen der Extremismustheorie festzustellen ist. Beim Diskusstreffen des *Veldensteiner Kreises*, einer Kaffeerunde auf Einladung von Backes und Jesse, versammeln sich Politolog_innen und Behördenmitarbeiter_innen zum wissenschaftlichen Austausch. Sowohl bei Vorträgen als auch in Publikationen treffen dann immer wieder die Extremismustheorien auf führende Behördenmitarbeiter_innen. Es ist also nicht nur der VS mit seiner „Öffentlichkeitsarbeit“ und die vor allem von der Bundesregierung propagierte Extremismustheorie auf dem Vormarsch, sondern es ist auch eine enge personelle Verknüpfung festzustellen.

„Andi ist ein Idiot“

Dass sich der VS bei seiner Arbeit an der Extremismustheorie orientiert, wird auch an den Andi-Comics deutlich, die der nordrhein-westfälische VS seit 2005 zur Aufklärung über „Extremismus“ in Umlauf bringt. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf den ersten und dritten Comic, die sich mit Rechts- und Linksextremismus befassen.

Der erste Andi-Comic liefert ein völlig verkürztes Bild der extremen Rechten. Extrem rechtes Gedankengut definiert sich in diesem Comic nur durch die Ablehnung der FdGO, eine inhaltliche Auseinandersetzung findet nicht statt. Die Protagonist_innen im Comic, die Clique um Andi, Murat, Ben und Ayshe, verteidigen den deutschen Verfassungsstaat vehement gegen seine „rechtsextremistischen“ Gegner_innen, repräsentiert durch Magda, Norbert und Eisenheinrich. Elemente rechter Ideologie werden ohne mit der Wimper zu zucken als gesunder Nationalstolz abgetan. Darüber hinaus macht die Schwerpunktsetzung deutlich, dass rassistisch motivierte Angriffe für den VS eine untergeordnete Rolle spielen. Gewalt, die von extrem Rechten ausgeht, wird im Comic zwar angedeutet, die Protagonist_innen im Comic verharmlosen diese jedoch, anstatt sie zu verurteilen. Der

VS reduziert somit extrem rechte Einstellungen im Sinne der Extremismustheorie auf die Ablehnung der FdGO.

Mit dem dritten Andi-Comic schließt sich eine Auseinandersetzung mit dem „Linksextremismus“ an. Im Vordergrund stehen dabei auf der einen Seite die Figuren Nele und Randle, welche die linksautonome Szene repräsentieren und auf der anderen Seite Andi und die Lehrerin Frau Czlowiek, welche die demokratische Mitte verkörpern. Der Fokus liegt auf Ben, der in die linksautonome Szene einsteigt. Mit Nele und Randle sprayt er nachts eine Bahnbrücke an, nimmt an Plena im Autonomen Zentrum teil und entfernt sich immer mehr von seinen Freund_innen Andi, Ayshe und Murat und damit vermeintlich gleichzeitig von demokratischen Grundwerten. Die linksautonome Szene wird im Comic stets stereotypenhaft, vor allem über Banner, Plakate oder Symbole, schwarze kaputte Kleidung und oberflächliche, unpolitische und realitätsferne Sprüche oder Schlagwörter dargestellt. Linksmotivierter Aktivismus oder politische Inhalte werden auf Gewalteskalation und Chaos reduziert, die mit jugendlicher Abenteuersehnsucht und einem subkulturellen Ausdruck von Widerstand erklärt werden sollen. Als Verteidiger der FdGO steht der *weiß* und männlich gezeichnete Andi dieser Form von Extremismus mit seiner Unauffälligkeit, Neutralität und Gewissenhaftigkeit rechtschaffen gegenüber. Die Logik, die sich stringent durch beide Comics zieht, lautet: Extremismus, egal ob von links oder rechts, bedroht die FdGO und gefährdet die Demokratie. Der Begriff Extremismus wird benutzt, um eine politische Hegemonie herzustellen. Dabei wird ein sehr eingeschränktes Demokratieverständnis deutlich, welches sich nur auf einen starken Staat stützt.

Andi stoppen!

Gemeinsam haben beide Comics neben dem Einstieg in die jeweilige Szene über Musik auch eine Diskussion in der Schulklasse. Dabei

nimmt Andi sowohl im ersten als auch im dritten Comic eine zentrale Rolle als Verteidiger der FdGO ein. Die Schwerpunktsetzung mit besonderer Betonung der Gefahren des „Linksextremismus“ wird in den Unterschieden der Comics deutlich. So ist im dritten Andi-Comic einer der Hauptcharaktere direkt in die linksautonome Szene eingebunden. Dass dadurch wesentlich mehr Möglichkeiten bestehen, diese darzustellen als im ersten Comic, in der Andis Clique lediglich in Kontakt mit der rechten Jugendclique kommt, liegt auf der Hand. Ein weiterer Unterschied liegt im Gewalt-Aspekt. Während im ersten Andi-Comic rechte Gewalt gar nicht vorkommt und somit Gewalt als zentrales Motiv extrem rechter Ideologie unterschlagen wird, wird im dritten Comic massiv Gewalt thematisiert. Somit wird rechte Gewalt gegenüber linker verharmlost. Linke Gewalt wird als zentrale Gefahr für die Gesellschaft postuliert. Dass den

Schüler_innen durch die Comics insgesamt eine plump formulierte Botschaft „für Demokratie und gegen Extremismus“ vorgesetzt wird und die defizitäre Machart eine wirkliche inhaltliche Auseinandersetzung von vornherein ausschließt, rundet den Gesamteindruck ab.

Politisch ist vor allem die vom VS anvisierte ideologische Einflussnahme zu kritisieren. Im Zusammenhang mit den vom VS eingesetzten „Demokratielotsen“, Lehrer_innenfortbildungen und zahlreichen Publikationen malt der Andi-Comic ein erschreckendes Bild von dem, was in Schulen zum Lehrplan gehören soll oder bereits gehört. Eine breitere Öffentlichkeit für die Problematik des VS in der Bildungsarbeit sowie eine anhaltende kritische Auseinandersetzung mit der Extremismustheorie ist eine Voraussetzung, um Andi auf seinem Vormarsch zu stoppen.



„DIE VERHÄLTNISSE KRITISIEREN“

Politik & Medien | Ein Gespräch mit Sabine Seyb



Sabine Seyb ist Mitarbeiterin von ReachOut. Sebastian Friedrich von kritisch-lesen.de blickte mit ihr auf gegenwärtige und vergangene Probleme mit Politik und Medien und sprach mit ihr über die Forderungen von ReachOut.

Wagen wir einen Blick zurück. Wie hat sich der Umgang von Politiker_innen und Behörden mit ReachOut seit der Gründung im Jahr 2001 gewandelt?

Sicher haben wir unsere Arbeit im Laufe der Jahre professionalisiert. An den ursprünglichen konzeptionellen Überlegungen hat sich wenig geändert. Im Vergleich zur Anfangszeit wird ReachOut von politisch Verantwortlichen und Behördenvertreter_innen ernst genommen – auch wenn sie uns nicht immer mögen. Wir müssen uns nur noch sehr selten dafür rechtfertigen, dass die Betroffenen, die wir unterstützen und beraten, einen Anspruch auf ein auf sie abgestimmtes Angebot haben, genau wie andere Opfergruppen auch. Unsere Analysen in Bezug auf die Angriffssituationen und Angriffszahlen finden bei Politiker_innen, aber auch bei Medienvertreter_innen und Wissenschaftler_innen deutlich mehr Gehör als zu Beginn unserer Arbeit. Unsere Erkenntnisse weichen meistens von denen der Ermittlungsbehörden ab, weil wir etwa in unserer breiten Chronik auch Angriffe aufnehmen,

die nicht angezeigt wurden. Außerdem fehlt den Ermittlungsbehörden oft die Sensibilität, manchmal vielleicht der Wille, ein rechtes oder rassistisches Motiv bei einem Angriff zu erkennen. Unser Gegengewicht zu den offiziellen Deutungen wird mittlerweile geschätzt.

Ein größerer Bekanntheitsgrad in der Stadt und die Anerkennung, die uns auch von offiziellen Stellen entgegengebracht wird, führen dazu, dass wir die Betroffenen mit unseren Angeboten schneller erreichen. Wir haben die Möglichkeit, Türen zu öffnen, die ihnen sonst verschlossen bleiben würden. Es geht uns ja letztendlich darum, die Reputation, die wir uns erarbeitet haben, zu nutzen, um gemeinsam mit den Betroffenen für die Durchsetzung ihrer Interessen einzutreten - notfalls auch zu streiten.

Wurde in der Vergangenheit von staatlichen Stellen Druck auf euch ausgeübt?

Ja, solche Versuche hat es gegeben. Zu Beginn unserer Arbeit bekamen wir beispielsweise einen Anruf von einer Mitarbeiterin des Lan-

deskriminalamtes. Sie kündigte einen Besuch in unserem Büro an, da wir in unserer Chronik auch Angriffe dokumentierten, die nicht zur Anzeige gebracht wurden. Sie wollte uns quasi zwingen, die Akten zu diesen Fällen herauszugeben und unsere Erkenntnisse den Behörden zur Verfügung zu stellen. Ich musste mich damals über die Frau bei ihren Vorgesetzten beschweren. So etwas würde heute – hoffentlich – nicht mehr vorkommen. Den Behörden ist bewusst, dass wir Erkenntnisse haben, die sie nicht haben, aber gerne hätten. Mittlerweile wird uns nicht mehr mit Hausdurchsuchungen gedroht.

Ebenfalls in der Anfangszeit hatte ich ein Gespräch mit einem Mitarbeiter des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Er war für die Umsetzung des CIVITAS-Programmes, über das auch ReachOut gefördert wurde, zuständig. Er gab mir zu verstehen, dass es nicht miteinander zu vereinbaren sei, staatliche Politik zu kritisieren und sich gleichzeitig über staatliche Mittel finanzieren zu lassen. Er drohte damit, die Förderung von ReachOut einzustellen. Damit brachte er ein – gelinde gesagt – sehr zweifelhaftes Demokratieverständnis zum Ausdruck. Nun ja, uns gibt es immer noch, auch wenn wir uns nach wie vor nicht den Mund verbieten lassen, wenn es darum geht, unsere Kritik an staatlicher Politik und Institutionen klar und deutlich zu formulieren. Es ist unsere originäre Aufgabe, staatliche Politik und behördliches Handeln kritisch zu begleiten.

Dennoch scheint sich ja nicht alles für Projekte wie ReachOut zu verbessern. Die Extremismusklausel ist eine neue Erfindung, die darauf abzielt, antirassistische und antifaschistische Initiativen unter Pauschalverdacht zu stellen. Projekte, die Bundesgelder erhalten wollen, müssen diese Klausel unterschreiben und damit ihre Demokratieliebe bekunden und für die Verfassungstreue ihrer Kooperationspartner_innen bürgen. Fiel euch die Verweigerung der Unterschrift schwer?

Nein. Die Grenze des Zumutbaren war mit Einführung dieser sogenannten Demokratieerklärung erreicht. Allein schon der offizielle Name verhöhnt die Demokratie. Für uns als Mitarbeiter_innen eines mit öffentlichen Mitteln finanzierten Projektes stellte sich ja nicht zum ersten Mal die Frage, wie weit wir bereit sind, uns knebeln und misstrauen zu lassen, um die Arbeit zu retten. So sollten wir beispielsweise in der Vergangenheit im Rahmen der Bundesfinanzierung gezwungen werden, unsere Veröffentlichungen vor der Druckfreigabe dem Bundesministerium zur Kontrolle vorzulegen. Schon das kam einem Maulkorb gleich, mal abgesehen davon, dass sich so keine zeitnahe Öffentlichkeitsarbeit machen lässt.

Da wir nun die Extremismusklausel nicht unterschrieben haben, werden wir folgerichtig nicht mehr über das Bundesprogramm finanziert. Aber wenn wir auf der Seite der Betroffenen stehen, müssen wir dazu beitragen, dass sich die Rahmenbedingungen verändern, die etwa Rassismus begünstigen. Wir müssen daher immer in der Lage sein, die gegenwärtigen Verhältnisse grundlegend zu kritisieren. Die Extremismusklausel schränkt die Fähigkeit der Kritik ein. Hinzu kommt, dass sie unsere Bündnisarbeit unmöglich macht. Die Extremismusklausel ernst genommen, führt zu einer Bespitzelung der Bündnis- und Kooperationspartner_innen, die wir selbstverständlich ablehnen. Zusammenarbeit braucht Vertrauen. Wir würden uns arbeitsunfähig machen. Außerdem ist es schlichtweg nicht unsere Aufgabe zu beurteilen, wer, wann, wie gegen das Grundgesetz verstößt. Das ist Aufgabe der Gerichte.

Insgesamt zeugt die Extremismusklausel von einem erheblichen Mangel an Wertschätzung gegenüber der Arbeit von Projekten wie ReachOut. Warum wird den Projektmitarbeiter_innen nach zehnjähriger überaus erfolgreicher Arbeit plötzlich ein solches Misstrauen entgegen gebracht? Die Menschen, die in den Projekten arbeiten, nehmen es in Kauf, sich selbst zu gefährden, weil sie von Neonazis und anderen

beobachtet, bedroht und teilweise körperlich angegriffen werden. Die Extremismusklausel ist alles in allem nicht mit demokratischen Maßstäben zu vereinbaren. Auch den unterschiedlichen juristischen Überprüfungen konnte dieses Konstrukt nicht standhalten.

Welche Probleme lassen sich auch bezogen auf die Medien im Umgang mit Betroffenen feststellen?

Wir sehen aktuell bei den Morden durch Neonazis wieder, dass Rassismusopfer oft nicht ernst genommen werden. Sehen wir auf den Umgang mit den Angehörigen der Mordopfer oder mit den Betroffenen des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße in Köln: Es wurden Betroffene von massiver rassistischer Gewalt kriminalisiert oder zumindest verdächtigt, nicht unschuldig am Anschlag auf sie zu sein, indem unterstellt wurde, es handle sich um Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten „Banden“. Das ist Rassismus pur von Seiten der Behörden. Wir erleben es aber auch in unserer täglichen Arbeit ständig, dass Betroffenen unterstellt wird, etwas zu dem Angriff beigetragen zu haben. Zum anderen müssen wir feststellen, dass manche Personengruppen wie zum Beispiel Politiker_innen über eine weitaus größere Lobby verfügen, wenn sie angegriffen werden. Diese Angriffe werden schneller und intensiver von den Medien aufgegriffen. Bei Rassismusopfern sieht das ganz anders aus. Sie verfügen oft nicht über die Lobby, die offensichtlich notwendig ist, damit adäquat darüber in den Medien diskutiert wird. Ähnliches ist festzustellen, wenn Wohnungslose oder Punks Opfer rechter Gewalt werden. Respekt und Empathie sollte aber allen Betroffenen gleichermaßen entgegengebracht werden, eine Opferhierarchie darf es nicht geben.

In Berlin gibt es unzählige kleinere, größere, alternative, bürgerliche Zeitungs-, Fernseh-, Radio- und Magazin-Redaktionen. ReachOut scheint bei den meisten einen guten Ruf zu haben und wird häufig zitiert und befragt, wenn

über Rassismus und die extreme Rechte diskutiert wird. Wie ist euer gegenwärtiges Verhältnis zu den Medien?

Das Interesse der Medien an unserer Arbeit war von Anfang an relativ groß. Was alle spannend finden, sind die Opfer, die wir beraten. Das ist meistens ziemlich problematisch, es sei denn die Betroffenen entscheiden sich selbst dafür, an die Öffentlichkeit zu gehen. Bei dieser Form der Medienberichterstattung besteht immer die Gefahr, dass die Opfer instrumentalisiert werden. Ein Beispiel: Vor einigen Wochen rief nach dem Bekanntwerden der Morde durch die „Zwickauer Zelle“ hier ein Journalist an und wollte Kontakt zu einem Opfer, das zum einen in den letzten 2-3 Monaten und zum anderen zweifelsfrei von Neonazis angegriffen wurde. Diese Anfragen unterstützen wir nicht. Solche Journalist_innen brauchen weder die Betroffenen noch wir. Das zeugt von einem Verständnis von Journalismus, bei dem es unter dem Deckmäntelchen, die Opfer zu Wort kommen zu lassen, nur um Schlagzeilen geht. Mal abgesehen davon, dass Betroffene nach so kurzer Zeit oft gar nicht in der Lage sind, über den Angriff öffentlich zu sprechen. Öffentlichkeitsarbeit zu den Opfern einzelner Angriffe findet nur in enger Rücksprache mit ihnen selbst und den entsprechenden Journalist_innen statt. – Journalist_innen, bei denen wir sicher sein können, dass sie sich an Verabredungen halten.

In der aktuellen Berichterstattung um die Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ wird breit in allen Medien bisweilen auch tiefgehend über die extreme Rechte, die Rolle des Verfassungsschutz und Rassismus diskutiert. Jedoch unterliegt das Interesse der Medien für diese Themen konjunkturellen Schwankungen. In wie weit sind die Hochzeiten nützlich bzw. bergen die Konjunkturen auch Gefahren?

Grundsätzlich konzentrieren sich die Medien auf einige vermeintlich „spektakuläre Fälle“. Dabei bleibt der alltägliche Rassismus unterbeleuchtet. Jedoch bieten Zeiten, in denen intensiv

über die extreme Rechte oder Rassismus diskutiert wird, auch Möglichkeiten, Ereignisse zu kommentieren. Wir versuchen, solche Zeiten des gesteigerten Interesses zu nutzen, um unsere Position deutlich zu machen und ausgehend von einem einzelnen Fall den gesellschaftlichen Rahmen zu verdeutlichen und die Themen einzubringen, die uns auf den Nägeln brennen.

Du hast schon einige Probleme benannt. Welche politischen, gesetzlichen und/oder behördlichen Rahmenbedingungen stehen euch über die Genannten hinaus bei der täglichen Arbeit im Weg und welche Forderungen lassen sich daraus formulieren?

Das sind vor allem die Rahmenbedingungen, mit denen die Opfer rassistischer Gewalt konfrontiert sind. Das betrifft häufig Aufenthaltsrechtliche Fragen. Wir fordern deswegen grundsätzlich ein unbegrenztes Bleiberecht für

Opfer rassistischer Gewalt. Das wäre nicht nur ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Betroffenen, sondern auch ein Signal für die Täter_innen. Ihnen geht es ja genau darum, Menschengruppen zu zeigen, dass sie aus Sicht der Angreifer_innen nicht in dieses Land gehören. Ein Bleiberecht für Betroffene rassistischer Gewalt würde den Täter_innen deutlich machen, dass sie ihre brutale Vertreibungsstrategie nicht durchsetzen können.

Außerdem ist es erforderlich, dass Ermittlungsbehörden bei Angriffen jedem Verdacht konsequent nachgehen, der auf ein rassistisches, rechtes oder antisemitisches Motiv hindeutet. Die Opfer müssen jederzeit Auskunft über den Stand der Ermittlungen erhalten. Bisher fühlen sie sich da sehr oft alleine gelassen, nicht ernst genommen und verunsichert.

Projekte wie ReachOut benötigen eine langfristige finanzielle Perspektive. Momentan müssen





wir jedes Jahr damit rechnen, dass wir nicht weiter finanziert werden. Alle zwei Jahre wird in Berlin ein neuer Haushalt beschlossen, jedes Mal stellt sich die Frage, ob unser Projekt darin in vollem Umfang berücksichtigt wird. Das Engagement von staatlicher Seite gegen die extreme Rechte, Rassismus und Antisemitismus muss ernsthaft und langfristig sein, unabhängig von jeweiligen Regierungskonstellationen. Es muss der Tatsache Rechnung tragen, dass die Probleme in Deutschland dauerhaft und strukturell verankert sind. Diese Erkenntnis muss in die Köpfe der Politiker_innen Einlass finden. Sie müssen begreifen, dass auch sie durch ihre Verstrickungen in rassistische Strukturen ein Teil des Problems sind.

Es macht perspektivisch wenig Sinn, nur Projekte und eine viel beschworene „Zivilgesellschaft“ in die Verantwortung zu nehmen, wenn gleichzeitig Politiker_innen, Behördenmitarbeiter_innen und andere Teile der Elite so weiter machen wie bisher. Solange es rassistische Gesetze gibt, solange es eine Polizei gibt, die aus rassistischen Motiven Menschen misshandelt, solange organisierte Neonazis und unorganisierte Alltagsrassist_innen etwa in Internetforen gegen andere Menschen hetzen, solange wird sich in diesem Land nichts grundsätzlich ändern. Die verschiedenen Akteur_innen und Ebenen bedingen sich gegenseitig. Ich kann doch zum Beispiel als Regierung nicht permanent Menschen abschieben, Menschen in Todesgefahr schicken und ihnen die Existenzgrundlage entziehen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft auffordern, sich gegen die extreme Rechte zu engagieren. Das ist eine absurde Doppelmoral.

Täglich erfahren wir derzeit neue Verstrickungen vom Verfassungsschutz bei den Taten der „Zwickauer Zelle“. Jetzt, wo scheinbar herauskommt, dass dem Verfassungsschutz zumindest gravierende Fehler unterlaufen sind, nimmt die Kritik an den Institutionen zu. So fragte sich etwa Heribert Prantl Mitte November in der Süddeutschen Zeitung, ob nicht

der Verfassungsschutz verboten werden sollte. Wie siehst du das?

Die Sache ist für mich recht klar. In einem sich als modern und demokratisch verstehenden Staat sind Geheimdienste überflüssig und sollten daher abgeschafft werden. Das sehen wir bei den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichten deutlich. Was in den Berichten steht, wissen unabhängige Projekte, die eine gründliche Recherche betreiben, mindestens genauso gut, meistens besser. Die Ereignisse der letzten Monate haben deutlich gezeigt, dass der Verfassungsschutz kontraproduktiv ist, vor allem wenn mit Geldern des Verfassungsschutzes über die V-Leute die organisierte extreme Rechte finanziert wird. Das ist absolut inakzeptabel und skandalös.

Weniger überraschend wird gerade jetzt auch wieder über ein NPD-Verbot diskutiert.

Nach einem NPD-Verbot wird immer dann laut gerufen, wenn sich staatliche Institutionen offensichtlich nicht mehr anders zu helfen wissen. Das lenkt aber ab von einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der organisierten extremen Rechten, mit Rassismus und Antisemitismus, die viel weiter verbreitet sind, als nur innerhalb einer Partei und der neonazistischen Szene. Es mag viele Gründe geben, die für ein NPD-Verbot sprechen, aber ein NPD-Verbot würde kein einziges Problem, mit dem wir täglich konfrontiert sind, lösen. Mal abgesehen davon, dass die Anhänger_innen der NPD weiter agieren werden.

Rassismus als gesellschaftlich tief verankertes Problem lässt sich also nicht auf organisierte Rechte beschränken, sondern ist ein Phänomen, das unsere Gesellschaft strukturiert. Als Profiteur_innen von weißen Privilegien oder als Betroffene von Unterdrückung sind wir alle mit Rassismus konfrontiert. Wenn staatliche Institutionen rassistische Gesetze erlassen und umsetzen, wenn rassistische Reden gehalten werden, wenn der Rechtsextremismus

zwar allseits geächtet und der Rassismus als ein Phänomen dargestellt wird, mit dem eine vermeintliche „Mitte“ nichts zu tun hat, stellt sich die Frage, in wie weit eine Anrufung des Staates überhaupt Sinn macht, wenn doch staatliche Institutionen Teil des Problems sind.

Klar, der Staat ist Teil des Problems. Aber es geht auch immer darum zu fordern, dass staatliche Stellen, dass die Regierung die Verantwortung übernehmen und ihre Arbeit tun. Das heißt auch, dass Projekte und Initiativen, die sich für eine staatliche Förderung entschieden haben, darum kämpfen sollten, ihre Arbeit weiter finanziert zu bekommen und zwar zu akzeptablen Bedingungen – ohne irgendwelche Klauseln. Ich halte es für falsch, den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen. Gleichzeitig muss es Initiativen, Monitoring- und Beratungsstellen geben, die staatliches Handeln kontrollieren und fundiert kommentieren können.

Welche Forderungen hast du konkret an die Berichterstattung der Mainstream-Medien?

Die Medienvertreter_innen müssen zunächst einmal akzeptieren, dass sie Teil des Problems sind und selbst auch Rassismus reproduzieren. Das zeigt sich daran, welche Fragen gestellt, welche Antworten veröffentlicht werden und an der konjunkturellen Skandalisierung mancher Formen von Rassismus, während Andere häufig unerwähnt bleiben. Das zeigt sich aber auch in der eigenen Sprache, die häufig von Rassismus zeugt. Medienvertreter_innen müssen ihre eigene machtvoll Rolle und ihre Verstrickungen in Rassismus reflektieren und sich sensibilisieren. Das löst das Problem zwar nicht, ist aber grundlegend dafür, dass sich etwas ändern kann.

Würdest du sagen, dass sich die hegemoniale Medienberichterstattung in den letzten 25 Jahren, in denen du dich intensiv mit dem Thema Rassismus auseinandersetzt, zum Positiven verändert hat?

Eher nicht. Immer noch wird in Medien beispielsweise der Sprachgebrauch aus den Polizeimeldungen häufig übernommen und nicht hinterfragt. Die Polizei erhält somit im Hinblick auf Straftaten oft die Definitionsmacht, was als Rassismus gilt und was nicht.

Außerdem ist es eine grundsätzliche Frage, wer zu Wort kommt. Wem wird von Seiten der Medienvertreter_innen zugestanden, sich etwa zu rassistischen Debatten zu äußern? Es sind meist *weiße* „Experten“. Diese Probleme sehe ich auch heute noch. Es gibt positive Entwicklungen, aber auch neue Feindbilder, die von einflussreichen Zeitungen und Magazinen in den letzten Jahren aufgebaut wurden. Ich sehe insgesamt keine grundlegende Tendenz, dass sich die Berichterstattung im Laufe der letzten 25 Jahre grundlegend geändert hat.

Du hast bereits angedeutet, dass sich Rassismus als gesamtgesellschaftliches Unterdrückungssystem nicht allein auf der Ebene der Offiziellen, der Medien oder nur durch Reflexion der eigenen Position bekämpfen lässt. Diese und andere Kämpfe müssen vielmehr enger aneinander geknüpft werden. Wo siehst du darauf bezogen auf aktivistischer Ebene Probleme?

Es gibt zum Beispiel nach wie vor eine zu große Distanz zwischen antifaschistischer und anti-rassistischer Arbeit. Die Kämpfe müssen aber zusammen geführt werden. Solange das nicht geschieht, können die unterschiedlichen Ressourcen, Potenziale und Ideen nicht gemeinsam Wirkung entfalten. Aber über Antira und Antifa hinaus müssen unterschiedliche Bewegungen zusammen gedacht und eine gemeinsame Praxis entwickelt werden, um möglichst weitreichende Forderungen erarbeiten und stellen zu können. Das setzt auch voraus, jeweils den eigenen Habitus und das Redeverhalten, Ausgrenzungsstrategien aber auch die Formen politischer Arbeit insgesamt und das politische Selbstverständnis zu hinterfragen und zu verändern. An der Basis: Wie müssen Bündnisse gestaltet, geplant und praktiziert werden, da-

mit sich möglichst viele und unterschiedliche Aktivist_innen einbezogen fühlen?

ReachOut agiert im Bereich Bildung und Monitoring und durch konkrete Beratung von Betroffenen. In welchen Bereichen siehst du darüber hinaus Möglichkeiten für ReachOut, gegen Rassismus, die extreme Rechte und Antisemitismus zu kämpfen?

Wir bedauern, dass es kaum einen Austausch zwischen der praktischen und der analytischen Arbeit gibt. Auch hier müsste die Zusammenarbeit, das gegenseitige Lernen viel selbstverständlicher werden. Wissenschaft muss sich mehr auf die Fragen der praktischen Arbeit beziehen und die praktische Arbeit braucht Analysen, um ihre Ansätze kritisch zu hinterfragen und zu verbessern. Letztendlich würden wir uns zeitliche, personelle und finanzielle Ressourcen wünschen, um wissenschaftlichen Fragen, die sich aus der Praxis ergeben, kritisch nachgehen zu können.

Was macht ReachOut im Jahr 2021?

Ich fürchte, ReachOut wird es mit einem ganz ähnlichen Konzept im Jahr 2021 noch geben, weil es immer noch rechte, rassistische und antisemitische Angriffe gibt. Solange es die Einteilung in „Wir-“ und „Sie-Gruppen“ gibt, solange Menschen nicht die gleichen Chancen erhalten und einen gleichberechtigten Zugang zu kulturellen, sozialen und ökonomischen Ressourcen haben, wird sich nichts Entscheidendes in Bezug auf Rassismus verändern können. Ich hoffe aber, dass wir im Projekt mehr Möglichkeiten haben werden, tiefergehende Analysen über gesamtgesellschaftliche Tendenzen und Prozesse durchzuführen. Das Projekt wird mehr in den einzelnen Stadtteilen verankert sein. Es wird also viel größer sein, aber in kleineren „Filialen“ arbeiten. Das Personal wird noch vielfältiger sein und über alle benötigten Sprachen selbst verfügen. Es wird dazu ein kleines Institut geben, das die inhaltliche Arbeit voran bringt.

SERVICE

INFORMATIONEN FÜR OPFER UND ZEUG_INNEN

Was können Sie tun, wenn Sie aus rechten, rassistischen oder antisemitischen Gründen bedroht, verfolgt, beleidigt, geschlagen, verletzt wurden?

Eine Ärztin oder einen Arzt aufsuchen:

Lassen Sie sich die erlittenen Verletzungen attestieren und fotografieren.

Gedächtnisprotokoll schreiben:

Versuchen Sie, alles was geschehen ist und was Ihnen noch einfällt, möglichst genau aufzuschreiben. Das kann bei einem Gerichtsprozess sehr nützlich sein: Was passierte genau? Wann? Wo? Wie viele Angreifer_innen? Wie sahen diese aus? Gab es Leute in der Nähe, Zeug_innen? Was geschah danach? usw.

Zu ReachOut gehen:

Sie bekommen dort Informationen zu möglichen rechtlichen Schritten, Beratung bei psychologischen Fragen und Hilfe bei der Antragstellung für finanzielle Unterstützung.

Anzeige erstatten:

Sie können die Tat bei jeder Polizeidienststelle oder schriftlich bei der Staatsanwaltschaft anzeigen, auch gegen Unbekannte. ReachOut kann Sie dabei beraten und begleiten.

Psychologische Betreuung erhalten:

ReachOut vermittelt Ihnen Kontakt zu speziellen therapeutischen Einrichtungen.

Öffentlichkeit herstellen:

Wollen Sie die Öffentlichkeit (Zeitungen, Radio, Fernsehen) informieren: ReachOut unterstützt Sie dabei.

Sie sind Zeug_in eines rechten, rassistischen, antisemitischen Angriffs geworden?

Auch Sie können etwas tun!

- Sie können die Polizei rufen oder die Betroffenen zur Polizei begleiten.
- Sie können Aufmerksamkeit erregen, Unbeteiligte ansprechen und versuchen, Hilfe zu holen.
- Sie können die Betroffenen beim Telefonieren unterstützen.
- Sie können nach der Tat bei den Betroffenen bleiben oder sie zum Arzt oder ins Krankenhaus begleiten.
- Sie können sich als Zeug_in zur Verfügung stellen.

Kontakt

ReachOut - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Oranienstraße 159
10969 Berlin (Kreuzberg)
U-Bahnhof Moritzplatz (U8)

Tel.: 030/ 695 68339
Fax.: 030/ 695 68346

www.reachoutberlin.de
info@reachoutberlin.de

ReachOut - Opferberatung und Bildung
gegen Rechtsextremismus, Rassismus und
Antisemitismus

